

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Belegerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Belegerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4158) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg. zzgl. Postgebühren.

Redaktion:  
**Dr. Bruno Schoenlant.**

Inserate werden die 5spaltige Zeile oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinskundigen 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszeit 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

## Des Fasttages wegen erscheint die nächste Nummer der Leipziger Volkszeitung am Donnerstag dem 5. März.

Leipzig, 3. März.

Der neueste Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion. Wie ein Reis ist es auf die Füße gefallen, mit der die badische Fabrikinspektion unter Oberregierungsrat Dr. Wörishoffer seit Jahren für die Arbeiterinteressen eintrat, schrieb ein Recensent über einen der letzten Jahresberichte der badischen Fabrikinspektion. Mit fast denselben Gefühlen legt man auch den neuesten Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion aus der Hand. Denn auch hier fällt eine gewisse Herabstimmung der Energie auf, womit früher in Form und Inhalt von der badischen Fabrikinspektion für die Schwächeren gegen die Stärkeren Partei ergriffen wurde. Trotzdem enthält der neueste Jahresbericht viel Interessantes, das eine Betrachtung an dieser Stelle verdient.

Als ein besonderer Mischstand wird von der Fabrikinspektion wie in den Vorjahren bei dem Vollaufe des Dienstes empfunden, daß die Vorschrift des § 154 Abs. 3 der Gewerbeordnung, wonach die Arbeiterschutzbestimmungen auf Werkstätten, in welchen durch Wind, Wasser, Gas, Luft, Elektrizität u. s. w. bewegte Triebwerke nicht bloß vorübergehend zur Verwendung kommen, Anwendungen finden, noch nicht in Kraft getreten ist. Zur Zeit gelten immer noch die alten Vorschriften, nach denen nur Werkstätten mit Dampfbetrieb den für die Fabriken erlassenen Arbeiterschutzbestimmungen unterstehen.

Auch hinsichtlich der Revisionsstätigkeit der Ortspolizeibehörden gilt im allgemeinen noch das hierüber in den vorjährigen Berichten Gesagte. Wie früher zeichnen sich in dieser Hinsicht die meisten Polizeibehörden durch äußerste Nachlässigkeit aus. „In manchen Teilen des Landes,“ sagt z. B. der Berichterstatter auf S. 3, „ist von einer Thätigkeit der Ortspolizei, soweit es sich um eine Kontrolle der Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen handelt, so gut wie gar nichts zu bemerken. Während früher wenigstens in den meisten Fällen auf den Verzeichnissen der jugendlichen Arbeiter ein Revisionsvermerk der Ortspolizeibehörden angetroffen wurde, gehört es in vielen Orten fast zu den

Seltenheiten, daß ein Nachweis einer Revisionsstätigkeit der Ortspolizeibehörde vorgefunden wird. Daher kommt es, daß manche Unregelmäßigkeiten, z. B. in Biegeleien, die schon im Vorjahre gerügt wurden, mangels Unterstüßung durch eine Aufsicht an Ort und Stelle im folgenden Jahre noch gerade so angetroffen werden.“

Daß diese Mischstände bald verschwinden werden, ist leider gar keine Hoffnung vorhanden. Denn die auf Drängen der sozialdemokratischen Partei im Staatsvoranschlag für 1896/97 vorgesehene Vermehrung der badischen Fabrikinspektion um zwei weitere Beamte kann angesichts der Ueberbürdung des bisherigen Personals kaum etwas in dieser Hinsicht verbessern.

Nicht weniger wie die Nachlässigkeit der Ortspolizeibehörden stehen der Befolgung von Mischständen die zumeist äußerst milden Strafen im Wege, welche den Arbeitgebern von den Gerichten für Uebertretung der Arbeiterschutzbestimmungen auferlegt werden. „Manchmal,“ berichtet Dr. Wörishoffer, „sind die ausgesprochenen Geldstrafen nur gerade so hoch, wie die Sportel, die hätte entrichtet werden müssen, wenn für die vollzogene Ueberarbeit erwachsener Arbeiterinnen behördliche Genehmigung nachgesucht und erhalten worden wäre. Der Arbeitgeber kann in solchen Fällen ohne Risiko das Gesetz übertreten. Wird er ertappt, was wohl nur in der Minderzahl der Fälle eintreten wird, so bezahlt er als Strafe den Betrag der Sporteln nach. Wird er nicht ertappt, so erspart er auch noch diese.“

Der Verkehr mit den Unternehmern soll im Berichtsjahre angeblich zu keinen Differenzen Anlaß gegeben haben. Einige Zeilen weiter lesen wir weiter, „daß trotz anfänglichen Zwartens die Befolgung neuer Vorschriften in vielen Fällen schließlich stets doch nur durch strafendes Einschreiten herbeigeführt werden kann.“

Was die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den der Aufsicht der Fabrikinspektion unterstellten Betrieben anbelangt, so hat ihre Zahl beträchtlich zugenommen. Relativ, d. h. im Verhältnis zur Zunahme der erwachsenen Arbeiter, ist aber dem Vorjahre gegenüber eine sehr unerhebliche Abnahme (von 7,93 Proz. auf 7,87 Proz. der Gesamtzahl) der in den betreffenden Betrieben überhaupt beschäftigten zu verzeichnen. Von den bei Revisionen festgestellten Zuwiderhandlungen gegen die zum Schutze jugendlicher Personen erlassenen Vorschriften betraf eine größere Zahl die ungesetzliche Beschäftigung von Schulkindern in Biegeleien. Aber auch in anderen Betrieben, z. B. in Bürstenfabriken, wurden schulpflichtige Kinder angetroffen. Das Endurteil des Fabrikinspektors lautet dahin, daß auch die Zahl der

Uebertretungen der zum Schutze jugendlicher Personen erlassenen Vorschriften im Berichtsjahre ziemlich groß war.

In Bezug auf die Beschäftigung weiblicher Personen stellt der Bericht zunächst fest, daß ihre Zahl absolut wie relativ zugenommen hat. Sehr farsichtisch klingt die daran geknüpfte Bemerkung, „daß die schärferen Bestimmungen der Arbeiterschutzvorschriften vom 1. Juni 1891 die Arbeitgeber an der ausgedehnteren Verwendung der weiblichen Arbeitskraft nicht gehindert haben.“

Zuwiderhandlungen gegen die zum Schutze der Arbeiterinnen erlassenen Vorschriften sollen immer noch recht häufig vorkommen. In mehreren Orten wurde z. B. wahrgenommen, daß Webstuhlnamen, um schon nach vier statt nach sechs Wochen wieder zur Arbeit zugelassen zu werden, sich von Hebammen Zeugnisse zu diesem Zwecke ausstellen lassen, während der § 187, Abs. 5 der Gewerbeordnung die Beschäftigung vier Wochen nach der Niederkunft nur gestattet, wenn das Zeugnis eines approbierten Arztes dies für zulässig erklärt. Bei anderen Zuwiderhandlungen kommen öfters Fälle vor, die selbst nach Ansicht des Fabrikinspektors „geradezu eine Verhöhnung des Gesetzes“ darstellen. So beschäftigte z. B. eine Bijouteriefabrik Arbeiterinnen einmal bis nachts 3 Uhr, fünfmal bis nachts 12 Uhr, fünfmal bis nachts 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, und viermal bis nachts 10 Uhr. Das Schöffengericht sprach für diese fortgesetzte, vollkommen bewusste Gesetzesübertretung eine Strafe von nur 35 Mark aus. „Gewiß,“ kommentiert Dr. Wörishoffer das Urteil, „eine recht milde Bestrafung bei einem Vergehen, das vom Gesetze mit Geldstrafe bis zu 2000 Mark eventuell mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bedroht ist, und bei dem in dem vorliegenden Falle mildernde Umstände oder Gefährlichkeit der Uebertretung nicht vorlagen.“ Eine Berufung gegen dieses Urteil wurde von der Fabrikinspektion wegen völliger Ausichtslosigkeit, einen Erfolg zu erzielen, nicht eingelegt.

In dieser Stelle sei noch kurz auf die äußerst rohe Behandlung hingewiesen, welche sich die Arbeiterinnen oft gefallen lassen müssen. In einigen Fällen, berichtet der Fabrikinspektor, fanden fortgesetzte Mißhandlungen der Mädchen durch Aufseher statt. In einer großen Anlage für Seilfabrikation traten sie aus unbedeutendem Anlasse ein, sobald z. B. an den Maschinen eine kleine Unregelmäßigkeit vorkam. Die Arbeiterinnen wurden mit beiden Händen am Halse geschüttelt und mit dem Kopfe an die Maschinen gestoßen, sie erhielten Ohrfeigen, wurden in das Gesicht geschlagen, bekamen Fußtritte u. s. w. Der von dem Fabrikinspektor unternommene Versuch, eine Erziehung des Aufsehers

## Seuilleton.

Manuskript verdorben.

### Mein Onkel Benjamin.

Von Claude Tillier.

Deutsch bearbeitet von Ludwig Pfau.

Das Vorrecht, seine Vernunft abzugeben, ist allein etwas. Ihr sagt, daß der Mensch, welcher seine Vernunft im Wein ertränkt, sich zum Tier herabwürdiget? Das ist der reine Kastengeist, der euch zu solchen Behauptungen verleitet. Glaubt ihr denn, daß die Lage des Tiers schlimmer sei als die euerige? Wenn euch der Hunger plagt, möchtet ihr wohl der Dohle sein, der im Strauß weidet bis an den Bauch; wenn ihr im Gefängnis sitzt, möchtet ihr wohl der Vogel sein, der mit freiem Flügel das Blau des Himmels spaltet; wenn man euch auspfänden will, möchtet ihr wohl jene häßliche Schnecke sein, der niemand ihr Haus streitig macht?

Die Gleichheit, von der ihr träumt, das Tier besitzt sie. Im Walde, da giebt's weder König, noch Adel, noch dritten Stand. Das Problem eines gemeinschaftlichen Lebens, das eure Philosophen vergeblich verfolgen — arme Insekten, die Ameisen, die Bienen, haben es seit Jahrtausenden gelöst. Die Tiere sind weder ehnüßig, noch bucklig, noch lahme, noch krummbeinig, und sie haben keine Angst vor der Hölle.

Mein Onkel Benjamin war achtundzwanzig Jahre alt. Seit drei Jahren trieb er die Heilkunst; aber die Heilkunst hatte ihn nicht reich gemacht — im Gegenteil: er schuldet

drei scharlachrote Fräcke seinem Tuchhändler, drei Jahre Haarfrisur seinem Perückenmacher, und er hatte in jedem der wohlberufensten Wirtschaftshäuser der Stadt eine kleine Rechnung, von welcher höchstens einige Hausmittel in Abzug kamen.

Seine Großmutter war drei Jahre älter als Benjamin; sie hatte ihn auf ihren Knien gewiegt, auf ihren Armen getragen, und betrachtete sich als seinen Hofmeister. Sie kaufte ihm seine Hals- und Sacktücher, stützte ihm seine Hemden und gab ihm gute Ratsschläge, die er sehr aufmerksam anhörte — das muß man ihm lassen — von welchen er aber nicht den geringsten Gebrauch machte.

Alle Abende, regelmäßig nach dem Nachtessen, forderte sie ihn auf, ein Weib zu nehmen.

„Pfui!“ sagte Benjamin, um sechs Kinder zu bekommen wie Weiskurz — so nannte er meinen Großvater — und mit den Flossfedern eines Herings zu Mittag zu speisen! Aber Brot hättest du wenigstens, Unglücklicher!

„Ja, Brot, das heute zu viel gegangen ist und morgen nicht genug, und das übermorgen die roten Flecken hat. Brot! was will das helfen? das ist zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben. Da werd ich, meiner Treu! was rechtes haben an meiner Frau, der ich bald zu viel Zucker in meine Arzneigläser, bald zu viel Puder in meinen Pops thue; die ins Wirtschaftshaus kommt, mich zu holen, die mir die Taschen visitiert, wenn ich im Bett liege, und die sich drei Mantillen kauft, bevor ich zu einem Frack komme.“

Aber deine Gläubiger, Benjamin, wie willst du's anfangen, sie zu bezahlen?

Erstens, so lang man Kredit hat, ist's wie wenn man reich wäre, und sind die Gläubiger aus einem anständigen Teige geknetet und warten geduldig, so ist's gerade wie wenn man keine hätte. Sodann was brauch't's, um mich

aufs Laufende zu bringen? Eine ordentliche epidemische Krankheit. Gott ist gut, meine liebe Schwester, und wird denjenigen nicht in der Patsche lassen, der sein schönstes Werk stift.

„Ja, sagte mein Großvater, und der es so dienstunfähig macht, daß man es unter den Boden legen muß.“

Freilich! antwortete mein Onkel, darin besteht ja gerade der Nutzen der Ärzte, ohne sie wäre die Welt zu bevölkert. Zu was nähme sich Gott die Mühe, uns Krankheiten zu schicken, wenn es Menschen gäbe, die sie heilen können?

Unter solchen Umständen bist du ein unehelicher Mann, und stiehst denen ihr Geld, die dich rufen lassen.

Mein, ich stehle es ihnen nicht, denn ich beruhige sie, ich gebe ihnen Hoffnung, und finde stets ein Mittel, sie zum Lachen zu bringen. Das ist schon was wert.

Meine Großmutter, die sah, daß das Gespräch eine andere Wendung genommen hatte, entschloß sich, einzuschlafen.

### II.

Warum mein Onkel sich zum Heiraten entschloß.

Eine schreckliche Begebenheit, welche ich sogleich berichten werde, erschütterte indessen die Willensmeinung Benjamins. Ein Tages kam mein Vetter Pagina, Advokat bei der Landvogtet von Clamecy, um ihn und Weiskurz zur Feier des Westtages einzuladen. Das Essen sollte in einer berühmten Kneipe, zwei Flintenschuß weit vor dem Thor gelegen, stattfinden. Die Gäste waren übrigens lauter auserlesene Leute. Benjamin hätte diesen Abend nicht für eine Woche seines gewöhnlichen Daseins gegeben. So verschlepte er denn nicht, nach der Vesper, mit dem Degen an der Seite und in Begleitung meines Großvaters, der in seinem Hochzeitfrack prangte, beim Stellbischen zu erscheinen.

herbeizuführen, mißlang, da die Fabrikleitung erklärte: sie habe keinen Anlaß den „pflichttreuen“ Aufseher zu entfernen. Es würde uns zu weit führen, wollten wir hier auch nur die Hauptarten der Zuwendungsleistungen gegen den armseligen Schutz, welchen die deutsche Arbeiterschutzesgebung der Arbeiterschaft bietet, erwähnen. Es genügt vollständig hinzuweisen, daß fast alle Vorschriften, möge deren Erfüllung noch so leicht sein, zahlreich umgangen werden. So wird z. B. das durch § 105 c, Abs. 2 der Gewerbeordnung vorgeschriebene Verzeichnis über die an Sonn- und Festtagen vorgenommenen Arbeiten der hier in Rede stehenden Art bis jetzt nur sehr selten geführt. Die zahlreichen kleinen Getreidemöhlen haben von den sie berührenden Vorschriften der Gewerbeordnung noch kaum Kenntnis genommen. Uebertretungen des Trunkverbots (§§ 115 u. ff. der Gewerbeordnung) kommen noch immer vor. Es werden immer noch Betriebe aufgefunden, die keine Arbeitsordnung erlassen haben, obgleich sie hierzu nach den Vorschriften der Gewerbeordnung verpflichtet sind u. c. „Ein genügender Vollzug dieser Vorschriften ist nur dann zu erwarten, wenn die Arbeiter selbst erst mehr Interesse für ihre Einhaltung genommen haben, als es jetzt der Fall ist,“ sagt Dr. Wörishoffer. Die rasche Ausbreitung der Sozialdemokratie wird mit der Aufklärung der Arbeitermassen, die sie im Gefolge hat, den Aufsichtsbeamten auch hierin die erwartete Unterstützung bringen, wie das ja nach eigenem Geständnis Wörishoffers in den größeren Städten des Landes bereits zum Teil der Fall ist.

### Politische Uebersicht.

Die britische Flottenpolitik hat am 2. März das englische Parlament beschäftigt. Der Lord der Admiralität, Goschen, hatte in seiner vielbesprochenen Banktredede die Vermehrung der Marine angekündigt; er hatte erklärt, England, vielmehr von den anderen Mächten, müsse sich die Freiheit des Handels wahren. Gestern nun war das Unterhaus überfüllt. Goschen sprach. Er erklärte, wie Wolffs Tel.-Bureau meldet, seine Vorschläge seien möglich, sie würden dem Hause nicht mit irgend einem Gefühl von Unruhe unterbreitet. Er erinnere daran, daß jede Vermehrung der Flotte nicht allein eine Vermehrung der Marine bedeute, sondern folgerichtig auch eine Vermehrung der Marinewerksstätten, des Personals und der Marinebildungsanstalten sowie größere Anlagen an Land und auf See. Das Flottenpersonal soll um 4900 Mann vermehrt werden. Die Gehälter der verantwortlichen Offiziere würden erhöht, das Eintrittsalter für Kadetten solle um ein Jahr heraufgesetzt werden. Das Kadettenschiff Britannia solle abgeschafft und dafür ein Schulhaus am Lande errichtet werden. „Wir sind in der Lage gewesen, die Zahl unserer im Dienst befindlichen Schiffe beträchtlich zu vermehren, wir haben unsere verschiedenen Geschwader im Kanal, im Mittelmeer, in China vergrößert, und wir haben unsere abgenutzten Schiffe durch festliche Schiffe ersetzt. Auch durch die Errichtung des fliegenden Geschwaders ist die Zahl unserer im Dienst befindlichen Schiffe reichlich erhöht worden. Die Errichtung des fliegenden Geschwaders hat auch nicht in einem einzigen Seemagazin irgend welche Verwirrung hervorgerufen. In den letzten zwei Jahren sind wir, was Kanonen und Munition anbelangt, etwas zurückgeblieben, da die letzte Regierung nicht dachte, daß der Schiffsbau so schnelle Fortschritte machen würde, wie es in der That der Fall gewesen ist. Ein Betrag von 200 000 Pfund (4 Millionen Mk.) ist für das laufende Finanzjahr besonders eingestellt worden bei den Ausgaben für Kanonen und Munition, für die ein Nachtragkredit nötig ist, und im nächsten Finanzjahr wird es notwendig sein, für Kanonen und Munition eine weitere Erhöhung des Etats von 850 000 Pfund (17 Mill. Mk.) zu verlangen.“ (Rufe: Oh! Oh! und lauter Beifall.) Diese Bewilligungen würden also von 1 692 000 Pfund (33 840 000 Mk.) auf 2 543 000 Pfund (50 860 000 Mk.) steigen; das wäre eine sehr bedeutende Erhöhung, wenn aber neue Schiffe bewilligt würden, könnte die Munition für dieselben nicht verweigert werden. Auch größere Dockanlagen wären notwendig; drei Docks würden in Gibraltar gebaut werden. Die Kosten der neuen Anlagen wären auf 2 1/2 Millionen Pfund (45 Mill. Mk.) veranschlagt, außer den bereits vorgesehenen 365 000 Pfund (7 300 000 Mk.). (Rufe: Oh! und Beifall.) Die Ausgaben für die in Aussicht genommenen Anlagen würden die Anforderungen für Marineanlagen von 8 1/2 Mill. Pfund (170 Mill. Mk.), dem Betrage

für das vorige Jahr, auf 14 Mill. Pfund (280 Mill. Mk.) erhöhen. Der Schatzkanzler Hicks Beach würde den erwarteten Ueberschuß des laufenden Jahres, nach Abzug der Nachtragskredite, zurücklegen, um die Kosten der Marineanlagen zu bestreiten. Goschen sprach dann über die Schiffsbauten und bemerkte, von 1889 bis 1896 sei die Flotte um 105 Schiffe und 62 Torpedoboots-Zerstörer vermehrt worden. Das wäre eine außerordentlich große Zahl, er müsse aber von dem Hause die Bewilligung noch weiterer Vermehrungen verlangen. Zwei Wege gebe es für die Vermehrung der Flotte: Die Beschleunigung des Schiffsbauens und den Bau neuer Schiffe. In vergangenen Jahre habe sich die Admiralität bemüht, die Ausführung des Programms ihrer Vorgänger zu beschleunigen durch eine Vermehrung der bei dem Bau von Schlachtschiffen beschäftigten Leute. Auch die Anordnungen für die Ausrüstung seien beschleunigt und es sei dafür beträchtlich mehr aufgewendet worden, als im letzten Jahre beabsichtigt war. Der Nachtragkredit würde sich auf 1 100 000 Pfund (22 Mill. Mk.) belaufen, die Zahl der in den Seemagazinen beschäftigten Leute sei jetzt auf 23 000 erhöht worden.

Unsere Flottenkollerpatrioten werden sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, unter der Führung von Peters und Wenossen auf das Beispiel der Seeweltmacht hinzuweisen, um uns in die uralten Abenteuer der „Weltpolitik“ hineinzutreiben. Volk, sei auf der Hut!

### Deutsches Reich.

#### Parlamentsbrief.

B. Berlin, 2. März. Die Volksvertretung hat heute ihre Arbeiten mit der Beratung der Zuckersteuervorlage wieder aufgenommen. Das Haus war schlecht besetzt. Um so zahlreicher waren die Herren Bundesratsmitglieder erschienen. Die neue Zuckersteuervorlage ist bekanntlich gegen die Stimmen der süddeutschen Bevollmächtigten im Bundesrat durchgebrochen worden, und sie interessiert das Schicksal eines Gesetzes lebhaft, das allen süddeutschen Staaten erhebliche Lasten zu Gunsten der reichen Zuckerinteressenten von Hannover, Braunschweig, Sachsen und Anhalt auferlegt. Eröffnet wurde die Debatte durch eine fünfviertelstündige Rede des Schatzsekretärs Rosdowalsky. Er begann mit einigen spitzen Bemerkungen gegen die Gegner der Vorlage, die sogar eine „Proscriptionsliste“ veröffentlicht hätten, dann aber versprach er, sich einer „anatomischen Ruhe“ — er meinte der Ruhe eines Anatomen — befleißigen zu wollen und hielt gewissenhaft sein Versprechen. Leider wirkte seine Rede einschläfernd auf seine Zuhörer. Das Centrum, in dessen Händen das Schicksal der Vorlage ruht, lehnte durch den Abgeordneten Spahn die Einführung der Verbrauchsabgabe rundweg ab. Bekämpft wurde der Entwurf von dem Abgeordneten Richter, der die Belastung der Konsumenten zu Gunsten der Reichsten der Reichen geißelte und verurteilt durch den Grafen Herbert Bischoff.

\* Berlin, 3. März. Gegen Hammerstein ist die Voruntersuchung abgeschlossen. Die Akten sind der Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage zugestellt. Hammerstein soll geständig sein. Die Anschuldiung des Verbrechens wider Leinendes Leben soll fallen gelassen werden.

Für Kulturaufgaben hat Herr Miquel kein Geld. Der Geheimmedizinalrat Hüpeden veröffentlicht in den Preussischen Jahrbüchern eine eingehende Kritik der preussischen Medizinal-Verfassung. Da erfahren wir, daß für das Medizinalwesen in Preußen im letzten Rechnungsjahr die Lumperei von 1 023 131 Mk. aufgebracht worden sind. Im Regierungsbezirk Koblenz gab es in zwei Schulen überhaupt keine Aborte, in 26 Schulen keine für die Geschlechter getrennten Aborte. „Besonders gemeinschädlich aber sind die Verhältnisse in dem Kampfe gegen die Infektionskrankheiten. Durchschnittlich sterben in Preußen an Infektionskrankheiten jährlich 156 000 Personen, von ihnen 81 000 an Tuberkulose. Im Jahre 1893 sind im arbeitsfähigen Alter von 15 bis 60 Jahren in Deutschland 88 654 Personen an Tuberkulose zu Grunde gegangen. Der Verlust an Arbeitskraft infolge vorzeitigen Siechtums beziffert sich für die Nation auf viele Millionen. Hüpeden aber sagt: Für den Kenner ist es gar nicht zweifelhaft, daß einem methodischen Vorgehen des Staates auf dem Felde des Gesundheitswesens ein merkliches Herabgehen der Sterblichkeitsziffer auf dem Fuße folgen würde. Reicht es nicht, den Bau des Hauses mit dem Dache beginnen, wenn man alle finanziellen Kräfte auf See und Marine verwendet und eine Krankheit wie die Tuberkulose am Marz der Bevölkerung zehren

läßt? Gerade dieser Krankheit gegenüber könnte ein methodisches Vorgehen seitens des Staates Großes leisten. Freilich müßte man sich von dem Grundsatz losmachen, alles der Privatwohlthätigkeit, den Kommunen und Provinzialverbänden zu überlassen, wenn es sich um Unterbringung und Isolierung gemeingefährlicher Kranken handelt.“ Herr Hüpeden begreift eben nicht, daß der Militarismus im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte die Hauptsache ist, die alle Ausgaben für Kulturzwecke überflüssig macht.

Geld für das Meer! Das ist die Lösung. Die Zusammenlegung der vierten Bataillon wird 600 000 Mark kosten. So meldet ein offizielles Blatt, der Hamburger Korrespondent. — Gegenüber den Behauptungen des Regierungsrates Hugenberg in Sachen eines Kanzerwechsels erklärt der Abgeordnete Professor Haffke, das Haupt des famosen „Adeutschen Verbandes“: „... So viel steht aber fest, daß kein Offizier der Marineverwaltung mir gegenüber die Forderung von 200 Millionen für Marinezwecke, einen Kanzerwechsel oder die Auflösung des Reichstages in Aussicht gestellt hat und daß ich weder Herrn Dr. Hugenberg noch sonst jemandem gegenüber derartiges behauptet habe.“ Natürlich erklärt nun auch Herr Hugenberg in der Weferzeitung, die ihm zugeschobenen Anschuldigungen über eine Flottenagitation beruhen auf „mißverständlicher Auffassung“; namentlich seien ihm keine Mitteilungen über Neuerungen eines hohen Marineoffiziers über einen Kanzerwechsel gemacht worden. Also wieder einmal ein „Mißverständnis“ ist zu verzeichnen. Sonderbar, höchst sonderbar! Die Flottenpatrioten werden zurückgepöfien, sie sind zu rasch und zu vorlaut gewesen. Aber die „Weltpolitik“ spukt doch... — Der Zusammentritt des deutschen Handelstages ist jetzt auf den 10. März anberaumt worden.

Im Königreich Stumm wird forngemäß regiert. Die Schleifsteinpolitik fordert immer neue Opfer. So wird dem Platte: Das Volk aus dem Saarrevier geschrieen: „Man ist hier der festen Ueberzeugung, daß alle irgendwie abhängigen Leute, die der christlich-sozialen Sache freundlich gegenüberstehen oder sonst Freiherren v. Stumm unbehagen werden, schleunigst aus seinem Königreich entfernt werden. Beweise kann man ja in solchen Fällen fast nie beibringen, da die entscheidenden Vorgänge sich natürlich immer hinter den Coulissen abspielen. Thatsache ist jedoch, daß die unbehaglichen Persönlichkeitten stets sehr schnell unschädlich gemacht werden. Auch jetzt sind hier zwei Verurteilungen vorgekommen, von denen jedermann fest überzeugt ist, daß sie lediglich auf Stumms Einfluß zurückzuführen sind. Der christlich-soziale Oberlehrer Dr. Görbig vom Gymnasium in Saarbrücken ist ganz überraschend ohne sein Zutun zum 1. April nach Cleve veretzt. Ebenso ist der Oberlehrer Dr. Disselnötter von demselben Gymnasium, der zwar nicht christlich-sozial ist, aber als Gegner der Stummschen Politik eintritt, unter ähnlichen Umständen plötzlich veretzt worden. Warum? Natürlich werden alle Kräfte der Stummschen Demontierungsmaschinerie aufboten werden, um die höchst auffälligen Veretzungen als völlig harmlos hinzustellen.“

Zu einem Prozeß, den die Stadt Breslau gegen den Postfiskus angestrengt hatte, erkannte am Sonnabend die dritte Zivilkammer des Breslauer Landgerichtes nach dem Klageantrage des Magistrats, daß der Postfiskus nicht berechtigt sei, ohne Genehmigung der Stadt über öffentliche Straßen und Plätze Drähte zu ziehen.

In Jauer — dem Heimatsorte der berühmten Würstchen — hat man seit langer Zeit keinen Bürgermeister mehr. Freilich hat man sich schon vor mehr wie fünf Monaten einen solchen gewählt, aber noch ist nicht die Bestätigung desselben durch die Regierung erfolgt. Warum nicht? Das weiß niemand. Manche glauben, man hätte „Oben“ den Jauerischen Bürgermeister ganz vergessen, andere meinen wieder, der Gewählte sei noch zu freisinnig und man wolle ihn daher erst noch etwas „konserbieren“. Jedenfalls haben sich jetzt die Stadtväter von Jauer zu einer großen That aufgeschwungen, indem sie telegraphisch und „ehrerbietigt“ den Minister des Innern um „baldthunlichste“ Beschleunigung der Angelegenheit gebeten haben. Wenn das nicht hilft — dann wartet man in Jauer eben noch etwas! Uebrigens ein hübsches Bild der preussischen kommunalen Selbstverwaltung diese Jauerische Bürgermeistergeschichte!

z. Breslau, 2. März. Fürst Pleß, der obererschlesische Magnat, hat sich durch einen Artikel der Gleichheit, der in der hiesigen Volkswacht abgedruckt war, beleidigt gefühlt und Strafantrag gegen die Volkswacht gestellt. Es handelt sich in dem Artikel um die in den obererschlesischen Gruben des Fürsten

Die Gäste waren beinahe alle versammelt. Der heilige Yves war prächtig vertreten in dieser Gesellschaft. Da war fürs erste der Advokat Pagina, der seine Verteidigungsreden nie anders als in der Weinbegeisterung zwischen einer getrunkenen und einer zu trinkenden Flasche hielt; der Procurator Rapsel, der einen Klienten, von welchem er ein Fäßchen säuerlichen Weines zum Geschenk erhalten hatte, vorladen ließ, um ihn zur Lieferung eines besseren anzuhalten; der Gerichtsschreiber, der sich gewohnt hatte, im Schlaf zu schreiben; der Notar Artibus, welcher einen Lachs zum Nachtisch gegessen; Millo-Ratto, Schneider und Poet dazu, Verfasser der großen Litanei; ein alter Architekt, der seit zwanzig Jahren nicht mehr nüchtern geworden war; Herr Winkit, ein Arzt aus der Nachbarschaft, der den Urin beschautete; zwei oder drei Handelsleute, ansehnlich wegen ihrer Lustigkeit und ihres Appetits; und einige Jäger, welche die Tafel reichlich mit Wildpret versehen hatten.

Beim Anblicke Benjamins stießen sämtliche Miteßer ein Freudengeschrei aus, und erklärten, daß man sich nun zu Tisch setzen müsse.

Während der ersten Gänge verließ alles aufs beste. Mein Onkel war von bezauberndem Humor; aber beim Nachtisch erhitzten sich die Köpfe und alles schrie auf einmal. Bald war die Unterhaltung nur noch ein Zusammenprall von Epigrammen, Kraftworten und Witzen, die zu gleicher Zeit losgingen und sich gegenseitig zu ersticken suchten. Alles das machte einen Lärm, wie ein Dutzend Kläfer, die auf einmal anstießen.

Meine Herren, rief der Advokat Pagina, ich muß Ihnen meine Verteidigungsrede zum besten geben. Die Sache ist so: Zwei Esel bekamen Handel auf einer Wiese. Der Herr des einen, ein nichtsnutzger Galgenstrick, wenn's einen gibt, springt herbei und schlägt den anderen Esel. Aber

dieser Vierfüßler, nichts weniger als langmütig, beißt unseren Mann in den kleinen Finger. Der Eigentümer des Esels, der gebissen hat, wird nun vor den Amtmann geladen als verantwortlich für das Thun und Treiben seines Viehes. Ich war der Verteidiger des Beklagten. Ehe ich zur Beleuchtung des Thatbestandes schreite, sagte ich zum Amtmann, muß ich Ihnen über die Moralität des Esels, den ich verteidige, und über die des Klägers, die nötige Aufklärung geben. Unser Esel ist ein durchaus harmloses Quadruped; er erfreut sich der Achtung aller, die ihn kennen, und steht beim Feldschlagen im größten Ansehen. Nun möchte ich wissen, ob der Mann, der uns gegenübersteht, daselbe von sich behaupten kann. Unser Esel ist Träger eines vom Schultheßen seiner Gemeinde ausgestellten Certifikats — und dieses Certifikat existierte in Wirklichkeit — welches seine Moralität und seine gute Führung bezeugt. Wenn der Kläger ein gleiches Zeugnis beibringen kann, so machen wir uns anheißig, ihm tausend Thaler Schadenersatz zu zahlen.

Daß dich der heilige Yves segne! sagte mein Onkel, der Dichter Millo-Ratto soll uns seine große Litanei singen: „Kniet, ihr Christen, kniet nieder!“ Ob das nicht im höchsten Grad hyrisch ist? Diesen schönen Vers muß ihm der heilige Geist selber eingegeben haben.

Nach doch auch so einen, du! schrie der Schneider, den der Burgundier zornmütig machte.

Da war ich ein rechter Esel! antwortete mein Onkel. Silentium! unterbrach der Advokat Pagina, indem er mit aller Macht auf den Tisch schlug; ich erkläre dem Gerichtshofe, daß ich meine Verteidigung zu Ende führen will. Gleich, gleich! sagte mein Onkel, du bist noch nicht betrunken genug zum Redenhalten. Und ich, ich saage dir, daß ich sogleich plädieren werde.

Wer bist du denn, du sechs Fuß drei Zoll, daß du einen Advokaten am Sprechen hindern willst?

Nimm dich in acht, Pagina, warf der Notar Artibus dazwischen, du bist nur ein Mann der Feder und hast es mit einem Manne des Degens zu thun.

Meine Herren, sagte mein Großvater, indem er aufstand, ich büрге für meinen Schwager, er hat nie Blut vergossen außer mit seiner Lanzette.

Wagst du wirklich, das zu behaupten, Beißkurz? Und du, Benjamin, wagst du wirklich, das Gegenteil zu behaupten?

Dann wirst du mit Satisfaktion geben für diese Verteidigung, und das im Augenblick; da wir jedoch nur einen Degen hier haben, und zwar den meinigen, so behalte ich die Scheide, und du nimmst die Klinge.

Bald standen Benjamin und Beißkurz auf der Mensur. Bist du, Benjamin? Und du, Beißkurz?

Mit seinem ersten Schwertschlage hieb mein Großvater die Scheide Benjamins mitten durch wie eine Schwarzwurzel und machte diesem einen Einschnitt am Handgelenk.

Der Ungeschickte! rief Benjamin, er hat mich an-geschnitten.

Ha! antwortete mein Großvater mit lebenswürdigem Gutwilligkeit, was hast du auch einen Degen, der schneidet. Das ist gleich, ich will meine Genugthuung, und die Hälfte dieser Scheide reicht hin, dich zum Pardonnrufen zu bringen.

Nein, Benjamin, erwiderte mein Großvater, die Reiche, den Degen zu nehmen, ist nun an dir. Wenn du mich anspidst, sind wir quitt und geben das Spiel auf.

Die Gäste, etwas nüchtern geworden durch diesen Vorfall, wollten zur Stadt zurückkehren. (Fortf. folgt.)

Pfetz und anderer „hoher und höchster Herrschaften“ beschäftigten Arbeiterinnen, die bekanntlich infolge klaglicher Löhne und unwürdigster Behandlung fast auf der Stufe tiefsten Elends angelangt sind. Der Prozeß des Fürsten Pfetz gegen die Volkswacht — den natürlich der Staatsanwalt im öffentlichen Interesse übernommen hat — wird sich gewiß zu einem recht aufsehenerregenden gestalten, da unser Parteiorgan sich die Gelegenheit, die Zustände in den oberösterreichischen Gruben einmal gründlich an Gerichtsstelle zu erörtern, nicht entgehen lassen wird. Der Eifer in der Verfolgung des verhassten sozialdemokratischen Organs am Orte ist bei unserer Staatsanwaltschaft noch durchaus nicht im Abnehmen. In den nächsten Tagen stehen nicht weniger wie drei Termine zur Hauptverhandlung gegen den Verantwortlichen der Volkswacht, Genossen Reukirch, an.

**Meiningen, 2. März.** Von agrarischer Seite wurde eine Interpellation im Landtag eingebracht, warum die Regierung im Bundesrat gegen die Zuckersteuervorlage gestimmt habe.

**Oesterreich-Ungarn.**

**Wien, 2. März.** Bei den heutigen Gemeinderatswahlen für den zweiten Wahlkörper, worin ein großer Teil der Beamtenschaft und der Mittelbesitz sich befinden, erhielten die Liberalen 14, die Antisemititen 32 Sitze. Die Liberalen drängen in der inneren Stadt, in der Leopoldstadt und im Affener Grund durch; die übrigen Bezirke wählten antisemitisch. Die Beamten haben auf die amtliche Wahlbeeinflussung dadurch geantwortet, daß sie der Kleinbürgerlichen Opposition zuziefen.

**Schweiz.**

**Bern, 2. März.** Das Berner Volk hat gestern alle ihm vorgelegten fünf Gesetze abgelehnt. Von 118000 Bürgern übten nur etwa 54000 ihr Stimmrecht aus.

**Belgien.**

Am 1. März hat in dem Wahlkreise Frameriez eine Ersta-Wahl zur zweiten Kammer stattgefunden. Es wurde der sozialistische Kandidat Dufrane mit 1953 gegen 847 Herikale Stimmen gewählt.

Auch für Belgien wird jetzt die Einführung einer Vorksteuer beantragt.

**Frankreich.**

**Aus der Deputiertenkammer.**

# Paris, 29. Februar. Die Debatte über das französisch-englische Abkommen in Indochina endete mit der einstimmigen Billigung der Regierungserklärungen und damit auch des Abkommens selbst. Im Laufe der Beratungen schnitt Abg. d'Estournelles, Diplomat von Beruf, noch einmal die ägyptische Frage an. Seine Rede war bei aller diplomatischen Reserve im Ausdruck ein deutlicher Wink mit dem Botschaftsminister an die Adresse Englands, ein Wink, dessen Bedeutung durch den einstimmigen Beifall der Kammer noch erhöht wird. Die Kundgebung bestätigt von neuem, daß England Frankreichs Freundschaft nur um den Preis der Räumung Ägyptens erwerben kann. — Die in der gleichen Sitzung verhandelte monarchistische Interpellation über Combes' Brief war ein Schlag ins Wasser. Die eblen Grafen und Vicomtes griffen zwar den radikalen Minister in der gehässigsten Weise an, sie vermochten aber angesichts des noch vor der Debatte festgestellten Thalbestandes keinen Eindruck zu machen. Nur das panamistische Centrum laufte den Schimpfereien der Monarchisten mit schmunzelndem Nicken zu. Die einfache Tagesordnung wurde mit allen gegen 92 Stimmen angenommen. Mit der katonischen Minderheit stimmten bezeichnenderweise gerade die forumpierlichsten Elemente des Opportunismus, die Jules Roche und Reinach (Schwiegersohn des Panama-Reinach), denen die Säuberungsarbeit des radikalen Kabinetts so viel schlaflose Nächte bereitet. — Die bedeutendste Leistung der Sitzung besteht in der Annahme eines Gesetzentwurfes, wodurch der Ehefrau das freie Verfügungsrecht über ihren Verdienst gewährt wird. Damit wird in das altrechtliche Familienrecht des Code Napoleon die erste Bresche geschlagen. Die ganze Ehre dieser That fällt der mutigen Herausgeberin der Avant-Courriere (Vorbotin), Jeanne Schmahl zu, auf deren Drängen hin der erwähnte und einige weitere frauenrechtlerische Entwürfe eingebracht worden sind.

**Dänemark.**

**Ein Sieg der Radikalen. — Flottenpläne. — Lohnkämpfe.**

Kopenhagen, 28. Februar. Der bereits gemeldete Sieg des bürgerlich-radikalen Dr. phil. Oskar Hansen bedeutet für die Rechte einen harten Schlag. Ihr Kandidat, der frühere Kultusminister Scarenius, war zu großen Reformzwecken innerhalb der Partei angetreten. Unsere Genossen stimmten selbstverständlich gegen den Herrn Kultusminister, der während seiner Amtszeit an den berüchtigten verfassungswidrigen Finanzgesetzen beteiligt war. Im übrigen kränkt es innerhalb der bürgerlichen Demokratie. Die Proteste gegen den von uns seiner Zeit gemeldeten Anfall ihrer Abgeordneten in der Festungssache mehrten sich. Daneben greifen radikalen Tendenzen, die kaum vom Sozialismus zu unterscheiden sind, immer mehr um sich — in der Presse sowohl wie im Publikum, so schrieb z. B. die Abendzeitung nach dem Wahlsieg in Walby folgendes, das den deutschen Freisinnigen und Volksparteilern die Scham in die Wangen treiben müßte: „die Entwicklung, die sich vor unseren Augen vollzieht, bedarf allerdings der „führenden“ Personen, aber beugt sich vor ihnen nicht. Eine Gesellschaftsauffassung dringt vorwärts, die mächtiger ist als irgend eine, die bisher die Geschäfte gelenkt hat. Es ist die Auffassung, daß alle Menschen das gleiche Recht an die Erde und ihre Güter haben. Und diese Auffassung wird jede andere besiegen, die aus dem Klassenstaat der Vergangenheit stammt.“

Leider ist man hier oben gegenwärtig bemüht, zwei deutsche Eigentümlichkeiten einzuführen, die wenig völkereglückendes an sich haben: Flottenpläne und Polizeischitane. Indessen weht der demokratische Wind so rau, daß den beiden Kulturblümen ein baldiges Ende vorhergesehen werden kann.

Auf Lolland-Falster, wo die Gutbesitzer (wie gemeldet) einen schändlichen Import preisdrückender polnischer Arbeiter betreiben, haben unsere Genossen 17 Versammlungen abgehalten. An jede Versammlung schloß sich die Bildung einer Arbeiterorganisation. Die Niederlage der Gutbesitzer in der öffentlichen Meinung ist eine vollständige. Die Aussperrung in den Schuhwarenfabriken dauert fort.

**Italien.**

**Dreibunds-Monarchenzusammenkunft?**

Rom, 2. März. Die offiziöse Agenzia italia teilt mit, daß höchstens eine Zusammenkunft des deutschen und des öster-

reichischen Kaisers mit dem König von Italien stattfinden werde; der Ort sei noch unbestimmt.

**Großbritannien.**

Nach einer Meldung der Times waren die Bedingungen, die der Präsident der Südafrikanischen Republik Kruger an seine Reise nach London knüpft, folgende: Abschaffung der Konvention von 1884, Abschluß eines Handels- und Freundschaftsvertrages, in dem Großbritannien als dominierende Macht in Südafrika anerkannt wird, Inzorporierung von Swaziland in Transvaal, Bürgerschaften für die Unabhängigkeit Transvaals, die Abtretung des Vorkaufsrechtes von Kosi und Delagoabay an Transvaal; dagegen würden die Uilländer das Wahlrecht erhalten. Die Nachricht klingt wenig wahrscheinlich.

**Türkei.**

In Konstantinopel wurden der Adjutant des Kriegsministers Oberstleutnant Scheffl, der Unterkommandant von Dalmatobagische Major Gurschid und der Lehrer an der Kriegsschule Major Ahmed Wern junger türkischer „Umtriebe“ zur Degradation und lebenslänglicher Galeerenstrafe verurteilt. Zuchthaus und Galeere sind nicht bloß in der „wilden“ Türkei die Heilmittel sozialer Schäden.

**Nordamerika.**

**Cuba im Repräsentantenhaus.**

Washington, 2. März. Das Repräsentantenhaus hat die Resolution hinsichtlich Cubas, die derjenigen des Senats entspricht, mit 263 gegen 18 Stimmen angenommen. Die Resolution erkennt die cubanischen Aufständigen als kriegsführende Macht an.

Der Passus des Senatsbeschlusses in der cubanischen Frage, worin der Präsident aufgefordert wird, Spanien behufs Anerkennung der Unabhängigkeit Cubas seine Dienste anzubieten, ist im Beschlusse des Repräsentantenhauses durch einen Passus ersetzt, worin die Zerstörung des Eigentums auf Cuba bedauert, und die Einführung einer aus Volkswahl hervorgegangenen Regierung auf Cuba empfohlen wird. Die Regierung soll zu diesem Zwecke ihren Einfluß in freundschaftlicher Weise ausüben. Weiter erklärt der Beschluß, daß, entgegen seiner sonstigen Gepflogenheit, sich in Streitigkeiten der europäischen Mächte und deren Kolonien nicht einzumischen, in diesem Falle der Kongreß der Ansicht ist, daß die Regierung vorbereitet sein mußte, Amerikas Interessen, nötigenfalls durch Eingriff, zu schützen. Eine Besprechung zwischen dem Repräsentantenhaus und dem Senate habe diese Notwendigkeit ergeben.

Diese Beschlüsse sind aber so lange wirkungslos, führen also zu keinem Konflikt, als der Präsident nicht will. Resolutionen, die von beiden Häusern gleichzeitig gefaßt werden, müssen, wie regelrechte Gesetzentwürfe, die vom Kongreß angenommen sind, vom Präsidenten unterzeichnet oder falls er ihnen nicht beistimmt, binnen zehn Tagen mit seinem Veto (Ich verbiete, nein) belegt werden, widrigenfalls sie für die Exekutive bindende Kraft erhalten. Präsident Cleveland ist also verpflichtet, die Aufständigen auf Cuba als kriegsführende Macht anzuerkennen oder die spanische Regierung aufzufordern, den Cubanern die Unabhängigkeit zu gewähren.

**Der Militarismus vor dem Schwurgericht.**

+ München, 1. März.

So viel sensationelles Material die Strafgerichtsverhandlungen unserer bayerischen Hauptstadt in der letzten Zeit auch für den Reuen Vitaval aufgespeichert haben, vom Prozeß des „Hypnotiseurs“ Gynski, dem Raibachischen Bilderdiebstahl, der Fuchsmühlers Preßlunder-Affaire bis zum „Fall Jech“, keine dieser Verhandlungen kann das Interesse des breiten Volkes in dem Maße für sich in Anspruch nehmen wie die gestrige fünfzehnjährige vor dem oberbayerischen Schwurgericht. Formell angeklagt wegen „Beleidigung der Unteroffiziere und Offiziere der königlich bayerischen Armee“ war Genosse Ed. Schmid, Redakteur der Münchener Post.

Im Laufe der Verhandlung änderte sich die Scene und als kurz nach Mitternacht der Obmann der Geschworenen sein „Nichtschuldig“ verkündete, figurirte als eigentlicher Angeklagter und Ueberführter der Militarismus.

Am folgenden handelte es sich: In Nr. 131 unseres hiesigen Parteiorgans (vom 9. und 10. Juni v. J.) war ein Artikel unter der Ueberschrift: „Soldatenmenage“ enthalten. Der Artikel beschäftigte sich eingehend mit den sich in letzterer Zeit immer mehr häufenden unheimlichen Epidemien in den Kasernen, dieselben größtenteils auf verdorbene und mangelhafte Verköstigung des „Volkes in Waffen“ zurückführend. Gesagt war dann weiter, daß die Menage häufig so schlecht sei, weil die Küchenunteroffiziere mit den Diesferanten unter einer Decke spielen, und weil die Vorgesetzten (Menageoffiziere) sich nicht genügend Mühe gäben, die Menage genau zu überwachen. Darin erblühte das Kriegsministerium die oben bezeichnete Beleidigung und veranlaßte den Strafantrag. Das Ergebnis der langwierigen Voruntersuchung, die schon allerlei Gravierenden zu Gunsten des Beschuldigten zu Tage brachte, ließ es längere Zeit hindurch zweifelhaft erscheinen, ob die Anklage wirklich erhoben werden würde. Allein das Landgericht schloß sich der Ansicht des sehr eifrigen Staatsanwalts Guggenheimer an und verfügte die Eröffnung des Hauptverfahrens. Außerordentlich kennzeichnend für die dominierende Stellung des Militarismus innerhalb der heutigen Gesellschaft sind die Schwierigkeiten, die unserem angeklagten Genossen bei Beschaffung eines Verteidigers erwachsen. Eine Reihe von Rechtsanwälten lehnte die Vertretung von vornherein ab, aus Rücksicht auf ihre — Reserveoffizierspaupletten! Ein Rechtsanwalt, der die Voruntersuchung führte — und dessen Ruf durch Prozesse für unsere Partei begründet wurde — legte in letzter Minute sein Mandat nieder. Endlich fand sich ein junger Rechtsanwalt Namens Gaab, der die Vertretung übernahm, und der auch seine Aufgabe mit großem Geschick und in schwierigster Weise löste.

Dreißig Zeugen waren zur Verhandlung geladen. Dreizehn davon, zum Teil Offiziere, waren von der Staatsanwaltschaft citirt, die übrigen fungierten als Entlastungszeugen zur Erbringung des Wahrheitsbeweises. Der Schwurgerichtssaal konnte den nach Außerlichkeiten Urteilenden leicht auf Gedanken über die Mordlichkeit der modernen Juristerei bringen. Ein mäßig großes Zimmer mit alten, geschmitten, schmutzigen Wänden und wurmfressigen Bänken, oben in der Nische der Tisch des Richterkollegiums, notdürftig mit schwarzgrauem Stoff drapiert. Gänze der Nebel des letzten Februartages der Sonne einen raschen Blick durch die beschlagenen Fenster, dann sah das Publikum am Tisch für die Staatsanwaltschaft einen in heiliger Nervo-

sität sich bewegenden Mann mit dem Aussehen eines bejahrteren Rabbinatekandidaten: Dr. Guggenheimer, den Vertreter der Anklage. Seinem Eifer war in der letzten Zeit das Glück nicht hold. Und gestern erlitt er die zweite Abfuhr, die der Staatskasse wiederum eine große Menge Kosten aufbürdet. Den Vorsitz führt der Oberlandesgerichtsrat Selb. Er zeigt eine große Aftenkenntnis, verkehrt mit den Zeugen in gemüthlichem bayerischen Dialekt und läßt der Verteidigung genügenden Raum zum Kreuzverhör der Zeugen. Sein sonstiges Verhalten beweist eine gewisse subjektive Militärfreundlichkeit und dazu eine erstaunliche Auffassung in der Beurteilung von Vorkommnissen des alltäglichen Lebens. Oft geht eine stille Heiterkeit durch das Auditorium, wenn der Herr Vorsitzende einen Zeugen, der über das Trinkgeldverhältnis zwischen Fleischlieferanten und Menageköchen ausfragt, fragt: „Nicht wahr, das war ja nichts Unrechtes, da haben Sie sich nichts Böses dabei gedacht, das war halt ein Trinkgeld?“

Zur Auftrage des Kriegsministeriums ist Major v. Nagel als Sachverständiger anwesend. In Zeugenfragen, Belehrung und Ermahnung der Geschworenen geriet sich der Herr Major als Gehilfe der Staatsanwaltschaft.

In seinem Verhör erklärt Gen. Schmid: Ich habe den Artikel, der mir von einem ehemaligen Offizier der bayerischen Armee unter der ausdrücklichen Versicherung, daß alles, was in demselben gesagt ist, wahr und erweisbar ist, übergeben wurde, gelesen, in manchen Stellen gemildert und ihn dann aufgenommen, weil ich von der Wahrheit dessen, was von dem Artikel stehen geblieben ist, ebenso überzeugt war, wie der Artikelschreiber selbst. Der Verfasser des Artikels — ich bin autorisiert, ihn zu nennen — ist der Sekondlieutenant a. D. Hofmeister. Eine Absicht, jemand mit dem Artikel zu beleidigen, hat nicht bestanden. Ich war wie viele andere, über die immer mehr sich häufenden Soldatenerkrankungen erregt und hatte die Absicht, auf verschiedene Mängel und Schäden hinzuweisen, um solche schreckliche Vorkommnisse hintanzuhalten. Das ist Pflicht und Aufgabe des Rebakteurs. Der Artikel erschien am Sonnabend. Am darauffolgenden Sonntag ging mir eine Zuschrift von einem Metzgermeister zu, daß manches in dem Artikel Gesagte nicht ganz der Wahrheit entspricht. Diese Zuschrift des Metzgermeisters habe ich in der nächstfolgenden Nr. 132 vollständig veröffentlicht. Mir war es darum zu thun, die Wahrheit zu bringen, eine beleidigende Absicht hatte ich nicht.

Der Vorsitzende fragt im weiteren Verlaufe des Verhörs. Wollen Sie behaupten, daß Sie eigene Interessen wahrgenommen haben? Gen. Schmid: Selbstverständlich nehme ich den Schutz des § 193 in Anspruch. Es kann mir nicht gleichgültig sein, wie meine Freunde und Brüder beim Militär verpflegt werden. Vorsitzender: Die Verhandlung wird ergebnislos, daß einzelne Unregelmäßigkeiten vorkamen. Wenn aber ein einzelner gefehlt hat, dann darf man den Vorwurf nicht allgemein erheben. Gen. Schmid: Es handelt sich hier um das System, nicht um die eine oder andere Person. Das System muß gekennzeichnet werden, damit den Behörden Gelegenheit zur Besserung gegeben wird.

Lieutenant a. D. Hofmeister wird als Verfasser des Artikels unvereidigt vernommen. Er erklärt, daß die darin enthaltenen Beobachtungen nach den bei seinem Regiment gemachten Erfahrungen richtig seien. Dann folgt die Vernehmung der geladenen Offiziere, ihnen ist ein eigenes Zeugenzimmer angewiesen; das Zivilzeugenpaar darf auf dem kalten Korridor warten und frieren. Die Offiziere bekunden, daß die Menage gut, ja „vorzüglich“ sei, daß alles in der größten Ordnung verlaufe. Die Vernehmung der Zivilzeugen schafft ein anderes Bild. Das Ergebnis des achtstündigen Zeugenverhörs läßt sich im allgemeinen in nachstehende Bekundungen zusammenfassen:

- 1. Die Menage ist unzureichend; aus der unzureichenden Menage werden noch Erparnisse gemacht, „der Soldat, der mittellos ist und nichts zuzusehen hat, ist im höchsten Grade zu bedauern“ (wiederholte wörtliche Ausrufe).
- 2. Das „Trinkgeld“ unweifen besteht; das Küchenpersonal erhält regelmäßige Trinkgelder, Unteroffiziere erhielten „Geschenke“ bis zu 50 Mark von Fleischlieferanten.
- 3. Die Militärküche ist vielfach unreinlich, die Speisen sind oft ungenießbar. Rattenschwänze, Cigarrenstummel fanden sich in dem Essen.
- 4. Die Revision seitens der hierzu bestimmten Vorgesetzten ist eine unzureichende.
- 5. Beschwerden sind vielfach erfolglos. Die beschwerdeführenden Soldaten — wenige haben den Mut, den komplizierten Beschwerdeweg zu betreten, und leiden lieber Not — hatten zuweilen Unannehmlichkeiten. Einen Mann, der sich beschwerte, „passierte zwar gleich nichts, aber ganz kurze Zeit darauf war er im Arrest“.
- 6. Im Gegensatz zu den seinerzeitigen Gutachten der Militärärzte und im Einklang mit den Gutachten der Zivilärzte wird bekundet, daß nur solche Mannschaften der „epidemischen Infektion“ zum Opfer fielen, welche Dörrgenüsse aßen; diejenigen, welche sich andere Kost kaufen konnten, blieben verschont.

Somit war der Wahrheitsbeweis in erdrückendem Umfange erbracht. Der Staatsanwalt hielt indessen die Anklage in vollem Umfange aufrecht. Die Weisungsaufnahme erschien ihm einseitig. Erstaunlich naiv beklagte er sich über — „Strophalität“ der Verteidigung, die Entlastungszeugen herbeigebracht habe, ohne auch dem Gericht Gegenzeugen zu bezeichnen. (!) Schließlich drängt ihn sein bekümmertes Anklagerherz noch dazu, einen Appell an die Geschworenen zu richten, indem er von lobenswerten Plänen spricht, die an der Staatsordnung laßen, und die Geschworenen beschwört, für die Erhaltung der bedrängten Ordnung zu sorgen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Gaab, zerpfückt die Rede des Anklägers. Das erdrückende Beweismaterial, die Bekundungen vereidigter Zeugen, führt er gebrängt noch einmal vor und knüpft eine vernichtende Kritik der erhobenen Zustände daran. Eindringlich warnt er die Geschworenen vor der Zumutung des Staatsanwalts, nach volltätigem Urteil zu urteilen, und erhofft von ihnen, daß ihr Spruch ansfalle im Sinne einer notwendigen Preßfreiheit und zur Ehre des Instituts der Geschworenengerichte.

Nach einer Belehrung durch den Vorsitzenden, über die wir aus guten Gründen uns nicht weiter äußern wollen, zogen sich die Geschworenen zurück. Eine halbe Stunde nach Mitternacht verkündete der Obmann das „Nichtschuldig“. Genosse Schmid mußte infolgedessen freigesprochen werden; die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Die notwendigen Schlußfolgerungen werden dem Kriegsministerium demnächst im Landtage, gelegentlich der Beratung des zweiten Teiles des Militärkretals, präsentiert werden.

Gierzu zwei Beilagen.

# Sozialdemokratischer Verein L.-Süd.

Sonntag den 8. März 1896

## IV. Stiftungs-Fest

in den Räumen der Goldenen Krone zu L.-Connewitz  
 bestehend aus Instrumental- und Vokal-Konzert sowie Festrede.  
 Einlass 4 Uhr. Nach dem Konzert Ball bis 2 Uhr. Anfang 6 Uhr.  
 Das Konzert wird ausgeführt von der Neuen Leipziger Konzertkapelle Günther Coblenz, unter gütlicher Mitwirkung der V. Sängervereinigung des Arbeitervereins. Die Festrede hält Reichstagsabgeordneter Emanuel Warm. Der Vorstand.  
 Programme im Vorverkauf à 20 Pfg. sind zu haben in der Goldenen Krone, Leipziger Straße, Restaurant G. Niesel, Leipziger Str., Restaurant Gambrius, Lange Str., Restaurant G. Müller, am Kreuz, Fr. Gabler, Leipziger Str., G. Dietrich, Lange Str., Cigarrengeschäft R. Dinter, Leipziger Str. 24, in den Verkaufsstellen des Konsumvereins Brandstraße, Lange Straße, Südstraße in Leipzig, in Deich und im Restaurant Kafertorn, Südstraße 68.

# Sozialdem. Verein L.-Ost.

Donnerstag den 5. März abends 7/9 Uhr

## Mitglieder-Versammlung

im Gasthof Neureudnitz (Schönherr).  
 Tagesordnung: 1. Vortrag über: Zukunftsstaatspläne der Vergangenheit. 2. Politische Rundschau. 3. Fragekasten. 4. Vereins- und Parteianglegenheiten.  
 Referent: Genosse Max Jacobsen.  
 Häufigen Besuch sieht entgegen Der Vorstand.

# Central-Kranken- u. Begräbnis-Kasse der Buchbinder

und verwandte Geschäftszweige Leipzigs.  
 Das Kassenlokal befindet sich vom 7. März d. J. ab im Restaurant Johannisthal, Hospitalstraße 22, I. Die Ortsverwaltung.

# Naturheilverein Rausse zu L.-Sellerhausen und Umgegend.

Donnerstag den 5. März abends 9 Uhr im Restaurant zum Goldenen Stern, Ecke Eisenbahn- und Eilichstraße  
 von Herrn E. Rudolph, 2. Lindenau, über:  
**Vortrag Naturheilmethoden u. Medizinkur.**  
 Wisse willkommen. Der Vorstand.

# Arbeiterverein Wahren.

Sonntag den 8. März 1896

## III. Stiftungs-Fest

im Gasthof zur Goldenen Krone zu Mödern  
 bestehend in Instrumental- und Gesangs-Konzert, theatralischen und turnerischen Aufführungen sowie Ball.  
 Anfang 4 Uhr. (1880) D. V.

# Brühl 11 Zum Luftdichten Brühl 11.

heute Culmbacher Bierstube.  
 Heute Rindskaldanen sowie Erbsuppe mit Schweinsohren.

# Brühl 42 Gute Quelle Brühl 42

Variété-Parterre-Saal. Theater.  
 Täglich grosse Künstler-Specialitäten-Vorstellungen.  
 Das lebende Man de Wirth Wasser.  
 Sonntags von 11-1 Uhr: Matinee. Um 4 Uhr: Volkstümliche Vorstellung. Entree 30 Pfg. 7/8 Uhr: Elite-Vorstellung. Entree 50 Pfg. Reservierter Platz 75 Pfg.  
 Wochentags: Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pfg. Reservierter Platz 75 Pfg. — Vorzugskarten gültig. (1873) A. Fritsch. G. Gamb.  
 Willeis zu bedeutend ermäßigten Preisen in sämtlichen Pflanz- der Volkszeitung.

# Querstr. 24 Restaurant Hermann Wanderer Querstr. 24

empfehle feinen als vorzüglich anerkannten Mittagstisch inkl. Suppe 50 Pfg. ff. Großteller Lager, echt bayerisch Exportbier. Schöne rauchfreie Gast- und Frühstücksstube. Jeden Freitag Schlachtfest, abends frische Gallertschüsseln, sowie Sonnabend Schweinsknochen. (40 bringt seine febl. u. rauchfreien Lokalitäten in geeigneter Erinnerung. 3 Billards à 30 Pfg. Bier u. Speisen hochfein. Aufmerksl. Bedien.

# Café Ehrlich

Ecke Katharinenstr. u. Böttchergässchen.  
**Gasthaus goldener Adler**  
 (Turnerheim Lindenau). (1881)  
 Sonntag den 8. März

# III. Stiftungsfest des Bandonion-Clubs Ascania.

Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.  
 Freunde und Gönner herzlich willkommen. Der Vorstand.

# Robert Beyrich

Bismarckstr. 55 Plagwitz Bismarckstr. 55  
 empfiehlt ff. Mollereibutter, Thüringer Bauernbutter, Ia Schweinefleisch, garan. rein. Blütenhonig, Wächters Leicht-Nähr-Brot, frische Landeier sowie die unübertroffen beste Cigarren-Margarine, Marke Goldkuck, alles in nur besten Qualitäten zu billigsten Preisen.

# PATENTE. Gebrauchs-Muster.

Markenschutz beim Kaiserl. Patentamt besorgt:  
 Ed. Breslauer, Ingenieur, Goethestr. 1, vom 1. April Goethestr. 7.

# Chirurgische Gummi-Waaren

sowie sämtl. Bedarfs-Artikel zur Kranken- und Gesundheitspflege empfiehlt billigst in bester Qualität. (Viele Neuheiten.)  
 August Graf  
 nur Nikolaistraße 4.

# M. Kemski

6 Nürnberger Str. 6  
 (neben der Fleisch- Apotheke) empfiehlt sein großes Lager in  
**Taschen-Uhren Regulatoren und Weckern**  
 wie auch seine Reparatur-Werkstätte u. s.:

- 1 neue Uhr-Feder . . . 1.- Mr.
- 1 neue Uhr-Kapsel . . . 15 "
- 1 neues Uhr-Glas . . . 10 "
- 1 neuer Uhr-Felger . . . 10 "
- 1 neuer Uhr-Ring . . . 10 "
- 1 neuer Uhr-Schlüssel . . . 05 "
- 10 Prozent Rabatt für Abonnenten der Leipziger Volkszeitung.

# Zur Konfirmation.

Wetter in Kleiderstoffen aller Farben, reine Wolle, Meter von 50 Pfg. an, bis zum feinsten. Hochselegante Frühjahrs-Neuheiten und Seidenstoffe, große Auswahl, sehr billig. Regenjacken in allen Dreifalten. (1258)  
 Walther Prell, Zeitzer Str. 7, I. Etg.

# Grosse Betten

Für nur 12 Mark.  
 Ein großes zweifachläufiges Oberbett nebst zwei guten Kopfkissen von starkem Bettbarchent. Oberbett 180 Ctm. lang, 140 Ctm. breit mit 8 Pfund garantiert neuen doppeltgereinigten Bettfedern und jedes Kopfkissen mit 2 Pfund derselben gefüllt.

Dasselbe Bett mit Satinbarchent Für nur 15 Mark.  
 Dasselbe Bett von Pa. Atlasbarchent Für nur 18 Mark  
 versendet unter Postnachnahme Das Bettenverandgeschäft  
**Karl Hoffmann**  
 Herborn in Nassau.

# Fahrräder Nähmaschinen

Beste Fabrikate zu billigsten Preisen. Fachmännische Garantie. Unterricht frei. Günstige Zahlungsbedingungen.  
**Wilh. Frenzel, Mechaniker**  
 2. Neuschönfeld, Eisenbahnstr. 40. Große Reparatur-Werkstätten.  
 Wer ein gutes Rad oder eine solche Nähmaschine billig haben will, wende sich an einen Fachmann und nicht an Händler, die alles, nur nicht Mechaniker sind. Diese Erkenntn. kommt sonst spät, durch Schaden.

# Monatsgarderobe.

Empfehle allerfeinste Winterpaletots, Mäntel, kompl. Anzüge, einzelne Jacketts, Beinkleider, etc. nur Saigagähen 9, I. (Neb. Größe.) J. Kindermann.  
 NB. Fracks u. Gesellschafts-Anzüge auch Selbstweife. (1364)  
 Kinderwagen auf Abzahlung. Ranstädter Steinweg 12.

**Hab' Acht!**  
**Clemens Jäckel**  
 Bijouterie, Gold- und Silber schmuckhandlung  
 gegründet 1858  
 befindet sich ununterbrochen seit 38 Jahren nur Markt 8  
 am Eingang der Galtstraße, und empfiehlt dieselbe hiermit in größter Auswahll passende Confirmations-Geschenke.

Für junge Mädchen der schönste Schmuck:  
**„Echte Corallen.“**  
 Dieselben sind wunderbar schön ausgefallen, von feiner bläulicher taubelöser Farbe und so billig geworden, daß ich die geehrten Damen auf diesen **Gelegenheitskauf** aufmerksam mache. (1897)  
**Halsketten** mit dazu passenden Kreuzen, Herzen und anderen Anhängern.  
**Armbänder und Broschen** hervorragende Neuheiten jeden Genres.  
**Ohringe** nur Neuheiten, von 2 Mr. an.  
**Ringe** massiv Gold, von 4 Mr. an.  
**Uhrketten** prachtvolle Facons von 3-40 Mr.  
**Manschettenknöpfe Cravattennadeln Knopfgarnituren.**

Augustusbad, Poststraße 16. (Bnd.: Karl Schuber.) Anstalt f. Naturheilverfahren u. Medizin. Rastendampf-, Wannen-, Rumpf-, u. Sitzbäder, Packungen, Massage, Güsse und alle medizinischen Bäder. Zur Ostkrantenkasse zugelassen.

Heute ist erschienen:  
**Der Wahre Jacob Nr. 251.**  
 Inhalts-Verzeichnis: a) Hauptblatt: Schuld und Sühne (farbiges Illustration). — Wider den Umsturz! — Bittbrüder-Verordnungen. — Eine Staatsknecht. — Zur Konfessionsarbeiter-Bewegung. — Bulgarisches. — Berliner Zustände. — Godelspäher. — Es muß etwas geschehen! — Im neuesten Kurs. — Bergeläufende Leute. — Ein Vortrag über Goethes Faust. — Neues zur Menschenkunde. — Bismarck. — Biographisches. — Bilder aus dem Guckkasten des Deutschen Reiches (farbiges Illustration): Kanth und Pöhl beim Profektor. — Kanth und Pöhl bei sich zu Hause. — Das neue bürgerliche Gesetzbuch. — Herr v. Stamm unter den königlichen Kabinetsministern. — Erste Beilage: Die alten Deutschen etc. — Dom bürgerlichen Gesetzbuch. — Kandidaten Lustig. — Im Krübling. — Eine kleine Abklärung (mit zwei Illustrationen). — Roth. — Zweibeinig (mit Illustration). — Wie man in der Noth ein Unterkommen findet (mit drei Illustrationen). — An die Strafvollzugsreform. — Das Weib des Schnitzers. — Zur Auswanderungsfrage. — Unterschied (mit Illustration). — Einige Wörter aus demantischen Buchstaben (mit vier Illustrationen). b) Zweite Beilage: Das Dresdener Auto-da-fé (mit Illustration). — Den Dresdener Staatsweisen. 2 Leipziger Brief. — Briefkasten.

**Frühjahrs-Saison 1896:**  
 Konfirmations-Anzüge v. Mr. 5, 6, 7, 9, 10 u. höher  
 Konfirm.-Anz., wie nach Maß gearb. „ 12, 13, 15, 17, 20 u. höher  
 Herren-Anzüge, gut gearbeitet „ 7, 9, 12, 15, 17 u. höher  
 Herren-Anzüge, ff. Nouveautés „ 19, 21, 24, 28, 32 u. höher  
 Herren-Paletots in allen Farben „ 7, 9, 11, 14, 17 u. höher  
 Herren-Paletots, elegant „ 19, 21, 23, 26, 29 u. höher  
 Herren-Hosen, sehr haltbar „ 1, 2, 3, 4 u. höher  
 Herren-Hosen, hochfein „ 5, 7, 9, 10, 12 u. höher  
 Herren-Jacketts, ein- und zweifachig „ 4, 6, 8, 10, 13 u. höher  
 Herren-Mäntel, solb „ 8, 10, 11, 14, 16 u. höher  
 Knaben-Anzüge, alle Facons „ 1, 3, 4, 5, 7 u. höher  
 Größte, billigste und reichste Einkaufsquell.  
 Georg Simon zur (1910)  
**„Goldnen 24“**  
 1. Etage, 24 Grimmaische Straße 24, 1. Etage.  
 Frack-Verleih-Institut.

**Haway-Honig**  
 garantiert rein! von deutschem Blüten-Honig nicht zu unterscheiden, offeriert pro Pfd. nur 75 Pfg.  
**Marien-Drogerie**  
 (G. O. Helmrich) (1816)  
 L.-Plagwitz, Karl Heine-Str. 75.  
 Detail. Polster-, Sella- und Bürstenartikel. En gros. Alle Sorten Rohhaare, Berg-, Afrigue, Seegras, Wundfäden und Gurte.  
**Oskar Müller, Windmühlenstr. 25.**

**Sumatra-Ausschuss.**  
 Hochfeine 8 Pfg.-Cigarre 100 Stück Mr. 2,75 (1486)  
 1000 Stück Mr. 20.—  
**Bruno Wohlfarth**  
 Ecke Grimmaisch. Steinweg u. Querstr.  
**Beste Meiler-Holzkohlen**  
 (nicht ausgebläute Meteoritenkohlen) hat stets auf Lager **G. E. Bergmann**  
 Kunst. Steinweg 13. (Drei Alleen.)

**E. Holzmann**  
 4 Königplatz 4.  
 Billigste Reparatur-Werkstatt.  
 Regulator, 1 Mtr. lang, Nussb. 12 Mr.  
 Silberne Remontoir-Uhren . 10 "  
 Nickel Remontoir-Uhren . . 6 "  
 Goldene Damen-Uhren . . 18 "  
 Leser dieser Zeitung 10 Proz. Rabatt.  
**Cigarren-Weber, R.-Postmarschdori**  
 Bergstraße.

Des reaktionären Opitz Abfuhr durch Professor Sohn.

Justizrat Opitz, juristischer Beirat großer Kapitalisten und von Großgrundbesitzern, hat sich, wie schon mitgeteilt, mit einer Verteidigung der Wahlrechtsvorlage an die Öffentlichkeit hervorgetan und hat dabei Herrn Sohn als einem Gelehrten das Verständnis für die Politik absprechen wollen. Am Hofe hat sich aber Professor Sohn Herrn Opitz zu einem gründlichen Zängehen.

Herr Opitz befehrt mich dahin, daß wir es mit einer „rein praktischen Frage unseres engeren Vaterlandes“ zu thun haben. Schon dieser Belehrung gegenüber kann man einige Zweifel nicht unterdrücken. Die Fragen des öffentlichen Rechts sind niemals „rein praktischer“ Natur in dem Sinne, wie der Herr Gegner meint. Sie haben stets einen unauflösbaren Zusammenhang mit den idealen Mächten des Volkslebens. Von dem öffentlichen Recht gilt sogar in ganz besonderer Maße, was von allem Recht gilt: daß es nicht von der „rein praktischen“ Zweckmäßigkeit, sondern von der Gerechtigkeit lebt, die in ihm wirksam ist. Herr Opitz wird das wieder für einen „Gemeinplatz“ erklären. Das wollen wir ihm zu Gute halten. Auch die Behauptung ist recht unzutreffend, daß es sich nur um eine Frage „unseres engeren Vaterlandes“ handle. Nein, die Idee einer Wahlrechts-einschränkung geht auch im deutschen Reich um. Hier in Sachsen macht man den ersten praktischen Versuch. Darum, nicht bloß um des sächsischen, sondern um unseres großen deutschen Vaterlandes willen gilt es, aus allen Kräften zu widerstreben.

Herr Opitz hat erst durch das Studium der Landtagsakten erfahren, daß die Sozialdemokraten häufig durch nutzlose Streit- und Schimpfreden den Gang der öffentlichen Verhandlungen stören und verschleppen. Wir anderen, „weiseren“ Männer haben das auch ohne die Landtagsakten gemerkt. Ja, wenn man die „Landtagsakten aus den letzten zwanzig Jahren“ ganz genau studiert, so bemerkt man auch, was Herr Opitz besonders zu erwähnen giebt, daß die sozialdemokratischen Vertreter in der Kammer „nicht bloß mit reden“, sondern (man höre!) „auch mit stimmen“! Wer hätte das gedacht?

Die „reine praktische“ Frage lautet wie für Herrn Opitz so auch für viele andere: Wie können wir durch ein neues Wahlgesetz die Macht der Sozialdemokratie in Sachsen brechen?

In dieser Frage liegt der Fehler der ganzen Bewegung, aus der die neue Wahlvorlage entsprungen ist. Die Meinung ist, daß durch Aenderung des Wahlrechts der Sozialdemokratie ein „Damm“ entgegengelegt werden könne. Aber, die sozialdemokratische Bewegung ist geistiger Natur, und einen „Geist“ kann man nicht „mit Feuer brennen, noch mit einem Schwerte hauen“. Wie oft ist diese Wahrheit durch die Geschichte bestätigt worden! Herr Opitz wird sie für einen „Gemeinplatz“ erklären. Und wie oft wird gegen diese Wahrheit gesündigt! Auch heute hier bei uns in Sachsen. Das Schwert der Obrigkeit ist stumpf gegen einen Geist. Ja, das gegen einen Geist geführte Schwert verwundet gerade den, der das Schwert handhabt. Ganz so hier. Neuländere Unterdrückung der Sozialdemokraten stärkt ihre innere Macht. Ist es nötig, an das Sozialistengesetz zu erinnern? Die neue Wahlvorlage ist neues Sozialistengesetz. Die Wahlvorlage kann auch als neues Kulturkampfgesetz bezeichnet werden. Darum gerade muß es verworfen werden. Wie oft sind wir, die wir die Wahlvorlage bekämpfen, für Verteidiger der Sozialdemokratie ausgegeben worden! Nein, gerade umgekehrt! Die Anhänger der Vorlage machen die Sozialdemokraten zu Verteidigern der Volksherrschaft. Nichts Schlimmeres, Gefährlicheres kann es geben.

Die Wahlvorlage giebt den Sozialdemokraten Waffen in die Hand. Wir, die Gegner der Vorlage, wollen den Sozialdemokraten diese Waffen entreißen. Das ist die Wahrheit.

Würde die Wahlvorlage Gesetz, so werden wir im Landtag den „Beelzebub“ los, aber mit siebenfacher Gewalt wird er wiederkehren, um im Lande sein Werk auszurichten. Und auf das Land kommt doch wohl alles an.

Von dem „rein praktischen“ Standpunkt des Herrn Opitz aus ist alles in Ordnung, wenn im Landtag „die Kammer-

verhandlungen an Sachlichkeit und praktischen Ergebnissen“ gewinnen. Ich bekenne mich zu der „doktrinären“ Meinung, daß der glatte Gang, daß auch die „praktischen Ergebnisse“ der Kammerverhandlungen nichts sind, wenn im Lande die bösen Geister der Verbitterung, der Gleichgültigkeit, des Aufgebots durch das Wahlgesetz neue Nahrung empfangen, wenn die in den Massen wirksamen Strömungen durch äußerliche Machtmittel an gesellschaftlicher Geltendmachung gehindert und auf den Weg ungefehligen Vorgehens geradezu gedrängt werden.

Auch Herr Opitz ist der Meinung, daß der Hinweis auf die sozialdemokratische Gefahr im Lande einer Einwirkung bedürfte. Er entgegnet, daß auch nach dem neuen Wahlgesetz jedenfalls in den nächsten vier Jahren, aber auch noch später (?) Sozialdemokraten in der Kammer bleiben würden, um als „Ventil“ zu dienen. (Als Ventil also möchte die Reaktion die Klumpffraktion haben. Wenn dieser Wunsch eines Opitz unserer Fraktion die Augen noch immer nicht öffnet, dann verweise ich nur auf die Einsicht. Die Red.)

Herr Opitz scheint der Ansicht, daß die Wählermenge der dritten Klasse mit dem Wahlgesetz zufrieden ist, wenn irgendwo ein Sozialdemokrat durchkommt. Welcher Irrtum! Wollten denn überhaupt die Wähler der dritten Klasse in ihrer großen Mehrheit gerade einen Sozialdemokraten zum Abgeordneten haben? Keineswegs, und die Verkenntung dieser Thatsache ist der zweite große Fehler, der von der Wahlvorlage und ihren Verteidigern gemacht wird. Nein, die Leute der künftigen dritten Klasse, die Beamten, die kleinen Beamten, die Handwerker, die Wertmeister, die Arbeiter wollen in ihrer großen Mehrzahl keinen Sozialdemokraten wählen. Das zeigen wie die Landtagswahlen (nur 14, heute 15 Sozialdemokraten unter 82 Abgeordneten) so die Reichstagswahlen in Sachsen (nur 8 Sozialdemokraten unter 23 sächsischen Reichstagsabgeordneten). Aber wählen wollen die Leute. Und das ist's, was ihnen durch die Wahlvorlage verweigert werden soll. Auch die Männer der dritten Klasse wollen, daß ihr Recht, zu wählen, ein Recht sei. Und das ist's, was ihnen genommen werden würde. Mit wahren Hohn sagt die amtliche Leipziger Zeitung vom 21. Februar: Die Leute können ja wählen, nur keinen Sozialdemokraten! Ihr könnt ja wählen, nur habt ihr keine freie Wahl! Der innere Widerspruch des beabsichtigten Wahlgesetzes, das formell den kleinen Leuten ein „Wahlrecht“ läßt, ja das Wahlrecht der Geringeren „erweitert“, um in der Sache diesem Wahlrecht das Recht zu brechen, kann nicht größer beleuchtet werden, als durch diese Ausführung der Leipziger Zeitung. Und welchen Eindruck muß es auf die Volksmasse machen, wenn sie bei Kränkung ihres Wahlrechts noch solche Art der Begründung in den Kauf nehmen muß! Auch die Polemik anderer im Sinne der „Ordnungsparteien“ für die Wahlvorlage kämpfender Blätter scheint sich in ähnlichen Dingen zu bewegen. In Bezug auf ein solches Blatt schreibt mir ein wohlgekannter Mann aus dem höheren Arbeiterstande: „Diese Zeitung macht mehr Sozialdemokraten als Bebel und Liebknecht.“ Eine bittere Wahrheit!

In der Wahl des Meeraner Wahlkreises findet Herr Opitz einen Beweisgrund zu Gunsten der Vorlage. Merkwürdig! Wer sehen will, der sieht in diesem Wahlvorgang der jüngsten Tage den Ausdruck des Sturmes, von dem ich gesprochen habe. Bereits hat der Unwille der Menge einen Abgeordneten der Ordnungsparteien hinweggeführt. Die Wahlvorlage fängt an, ihre herben Früchte zu tragen.

Herr Opitz (und ähnliche Ausführungen habe ich auch anderswo gelesen) kann es gar nicht begreifen, daß die wohlgeleiteten, königstreuen Wähler der künftigen dritten Klasse die Schmälerung ihres Wahlrechts als Kränkung, „Strafe“ empfinden. Der „wahrhaft königstreue“ Wähler im Sinne des Herrn Opitz sagt: lieber kein volles Wahlrecht mehr, denn es besteht ja „keinerlei Aussicht“ mehr, im Lande Sachsen meinen Kandidaten, einen Mann der Ordnungspartei, durchzubringen! Diesen Mann hält Herr Opitz für „wahrhaft königstreuen“. Ich erlaube mir, ihn für wahrhaft dumme zu halten und für feige außerdem. Nein, fährt der „wahrhaft königstreue“ Wähler des Herrn Opitz fort: ich will „lieber eine Teufelskugel“, denn da habe ich die „ziemlich sichere“ Aussicht, daß der von mir ins Auge gefaßte königstreue Kandidat gewählt wird. Ein wahrhaft wunderbarer Mann! Nach Herrn Opitz (und seinen Meinungsgeossen) ist das jetzt bestehende Wahlrecht „thatächlich inhaltslos“ (es können ja nach der Meinung des königstreuen Wählers nirgends in Sachsen mehr königstreue Männer durchgebracht werden). Das Wahlrecht wird erst durch das neue Wahlgesetz seinen wahren Inhalt empfangen. Nun, sagt der „gutgeleitete“ Wähler dritter Klasse nach Herrn Opitz, bin ich zwar in meinem Wahlrecht zurückgesetzt, aber was schadet's! Der von mir vertretene Sache wird zum Siege verholfen! So Herr Opitz. Ich will Herrn Opitz und den anderen Herren, die solche wirklich risikoreich gutgeleitete Wähler im Lande Sachsen zu finden glauben, noch einen besseren Vorschlag machen, der die „wahrhaft königstreuen“ Wähler in noch weit höherem Grade begeistern wird, als diese mattherzige, auf halbem Wege stehende Wahlvorlage. Ich schlage folgenden Vorschlag vor: § 1. Das Wahlrecht der bisher Wahlberechtigten wird abgeschafft. § 2. Die Landtagsabgeordneten werden vom Ministerium gewählt. Darin ist der Sache erst wirklich gedient. In einem Austausch von Entzücken wird der „wahrhaft königstreue“ Wähler geraten. Was soll er mit dem „inhaltslosen“ Wahlrecht des gegenwärtigen Wahlgesetzes? Es kommt nur darauf an, daß die von den Gutgeleiteten vertretene Sache zum Siege geführt wird! Jetzt erst ist er seiner Sache sicher. Nur wahrhaft königstreue Männer werden fortan „gewählt“ werden. Viktoria! Und es ist ja (wollt ihr ernsthaft gesprochen) ganz zweifellos, daß auf diese Weise noch eine weit bessere, verständigere, leistungsfähigere Zweite Kammer geschaffen würde (mit Erlaubnis zu sagen), als wir gegenwärtig haben. Und wie würden die Kammerverhandlungen gehen! Das verfassungsrechtliche Paradies im Lande Sachsen wäre da.

Es handelt sich darum — so schließt Professor Sohn — der großen Menge die Biege zum Vaterland nicht zu trüben. In der Menge der kleinen Leute, die später zur dritten Klasse gehören sollen, liegt unsere Macht, die Macht des Heeres, die Macht des Staates, die Macht des Königtums. In langsamem, aber unaufhaltbarem Aufsteigen ist die untere Klasse des Volkes begriffen. Sie ist bereits mündig, ihrer selbst sich bewußt geworden und fordert ihr Recht im Staate. Da soll sie ein Schlag von oben in das Angeficht treffen, die Wahlrechtsänderung! Das Königtum ist zu allen Zeiten ein Königtum der kleinen Leute gewesen, der Schutz der Geringeren, ihr bestes Besitztum. Man zerleihe das natürliche und notwendige Bündnis nicht! Die Landtagswahlvorlage

entwertet das Wahlrecht für die große Menge in Sachsen. Ihr Blick würde auf die Reichstagswahl und das Reich sich richten. Ruch nicht der sächsische Staat zugleich mit dem sächsischen Wahlrecht in den Augen der Masse sich entwerten? Die Wahlvorlage, wenn sie Gesetz werden sollte, wird ein Angriff auf die Grundlagen unseres Staatswesens sein. Das muß offen ausgesprochen werden. Wir sind alle ohne Ausnahme aufs äußerste davon beteiligt, daß die Wahlvorlage nicht zum Gesetz werden möge. Die Wahlvorlage kann nicht „verbessert“ werden. Die einzig mögliche Verbesserung ist ihre Verwerfung. Um des Wohles des Landes willen muß sie fallen.“

Soziale Rundschau.

f. Die Konferenz der Steinfelder Sachsen und der Thüringischen Staaten, die in Uckerathen abgehalten wurde, beschloß am Montag, ihrem zweiten und letzten Verhandlungstage, zunächst, sich nicht mehr mit Krankenkassenwesen zu befassen. Die Kollegen sollen überall sehen, daß sie die Ortskrankenkassen ausbauen und sich an deren Wahlen beteiligen. Zum Verschiedenen spricht die Konferenz ihre Sympathie für eine Arbeitslosenunterstützung aus. Die Vertreter verpflichten sich, die Sache in ihren Zirkeln zur Sprache zu bringen und dahin zu wirken, daß im Laufe des Jahres statistisches Material gesammelt wird. Ferner wird beschlossen, den Centralvorstand zu veranlassen, jedes Jahr im Herbst und Frühjahr eine Agitationstour zu unternehmen und überall, wo sich eine nennenswerte Anzahl von Genossen befindet, Versammlungen abzuhalten. Des weiteren wird folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Delegierten versprechen, überall die Hilfsarbeiter zu veranlassen, sich zu organisieren und dem Verband beizutreten.“ Nachdem dann der Verbandsdelegierte Knoll nochmals den Vertretern aus Herz geleigt hat, die gefassten Beschlüsse gewissenhaft zur Ausführung zu bringen, schließt der Vorsitzende mit einem dreimaligen Hoch auf den Verband die Konferenz.

Zum Gewerkschaftskongress schreibt die Generalkommission: Als Termin für die Einberufung der Kongresse für den Gewerkschaftskongress ist der 1. März bei Ausfertigung des Kongresses angegeben worden. Es sind jedoch nur wenige Anträge bis jetzt eingelaufen. Es wäre zu wünschen, daß Anträge, welche von weitergehender Bedeutung sind, so rechtzeitig eingelaufen werden, daß sie in den Versammlungen, die zu den Wahlen der Delegierten stattfinden, beraten werden können.

1. Basel, 2. März. Schweizerischer Textilarbeiterkongress. Der internationale Sekretär für die Textilarbeiter der Schweiz erläßt in Gemeinschaft mit dem Posamentenverein Basel und dem Textilarbeiterverein St. Gallen nimmere den Aufruf zur Abhaltung des schweizerischen Textilarbeiterkongress auf 6. und 8. April. Als Kongressort wird Winterthur vorgeschlagen, entgegen der früheren Meldung, daß Zürich bestimmt sei zur Abhaltung. Als vorläufige Verhandlungsgegenstände haben wir hervor: Gründung eines schweizerischen Textilarbeiterverbandes. Revision des Fabrikgesetzes im Sinne des Beschlusses vom 2. März. Freigabe des Sonnabend-Nachmittags an Arbeiterinnen. Abschaffung des gegenwärtigen Accordsystems in der Textilindustrie. Stellungnahme zu den Beschlüssen der internationalen Textilarbeiterkongresse in Genf und Manchester. Stellungnahme zum nächsten internationalen Textilarbeiterkongress in Roubaix.

Berlin, 2. März. Eine Resolution für den Neunstunden-tag und gleichzeitige 15prozentige Lohnherabsetzung wurde gestern in einer von etwa 3000 Buchdruckern besuchten Versammlung in Kellers Festsaal unter brausendem Beifall angenommen. Nach einem Referat des Gehilfenvorstehenden Massini erklärte der Buchdruckereibesitzer Vernein, daß, wenn der Deutsche Buchdruckerverein (Prinzipale) in Leipzig Verhandlungen mit den Gehilfen bezüglich obiger Forderungen ablehnen würde, die Berliner Buchdrucker-Juunung bereit sei, mit den Gehilfen Verständigung zu suchen.

Kottbus, 2. März. Die ausständigen Tucharbeiter haben beschlossen, mit dem Fabrikantenverein nicht eher in Unterhandlung zu treten, als bis dieser die Massenklündigung zurückgenommen. Die Fabrikanten dagegen erklärten, nicht eher zu verhandeln, bis die Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen hätten. Vom Schöffengericht wurden mehrere Arbeiter wegen angeblicher „Aufreizung“ verurteilt. Sendungen sind an das Gewerkschaftsamt in Kottbus zu richten. Adresse: P. Leopold, Nordstraße 19, Kottbus.

Wien, 1. März. Bei den hiesigen Gewerbegerichts-wahlen haben die christlich-sozialen Arbeiter außer der Voraussetzung ihres bisherigen Besitztandes noch eine Gruppe und zwar die Buchdrucker und die in der Papierindustrie beschäftigten Arbeiter erobert. Die sozialdemokratische Liste ist in 6, die der Christlich-Sozialen in 3 Gruppen vertreten.

München, 2. März. Die Münchener Bäckergehilfen lassen sich den Gehilfenanspruch nicht gefallen, den ihnen die Junnung aufzuerkennen. Sie wollen mit Recht den Anspruch selbst frei wählen.

Strasbourg i. El., 1. März. Eine in Reudorf, einem Vorort Straßburgs, abgehaltene Versammlung der Schneider und Schneiderinnen, in der der Lohnkampf der Konfektionsarbeiter besprochen werden sollte, wurde polizeilich aufgelöst, weil der Referent angeblich vom Gegenstand der Tagesordnung abwich. Reichslandschaft!

Mährisch-Ostau, 3. März. Der Streik ist unverändert. In allen Gasthäusern sind Bekanntmachungen der Grundrenten angehoben, worin der Streik als „ungerechtfertigt“ bezeichnet wird, und die Arbeiter aufgefordert werden, bis Mittwochabend die Arbeit bei Strafe der Entlassung wieder aufzunehmen. Die Brutalität der Herzoglichen, gräflichen und bürsenschaftlichen Grundherren ist unerböt.

Vereine und Versammlungen.

Die Leipziger Genossenschaftsbank hielt am 23. Februar ihre diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Da ein detaillierter, gedruckter Rechnungsabschluss vorliegt, verzichtet man auf Verlesen der einzelnen Conten des Geschäfts- und Kassenberichts. Der Geschäftsführer Binjener hob hervor, daß das Geschäftsjahr 1895 als ein günstiges zu bezeichnen ist und daß die Genossenschaft nun in der angenehmen Lage ist, ihren Mitgliedern Procente auszahlen zu können. An Roggenbrot wurden 31421 Ctr. gege-

Kleine Chronik.

Leipzig, 8. März.

— Von Volkmar's Art. H. Guttmann hat den bayerischen Grabmacher, den Orthopäden Friedrich Hessing, einen Autobiographen, dessen Kunst selbst die medizinischen Autoritäten hohe Bewunderung vor dem ehemaligen Schlosser- und Tischlergehilfen abzwängt, interviert. Im Verlaufe der Unterhaltung äußerte sich Hessing über Volkmar nach der Welt am Montag: Besondere Freude gab mir Herr Hessing an dem guten Fortgange der Behandlung Volkmar's zu erkennen. Mit ihm, erzählte er mir, ist es mir eigentlich ergangen. Ich fuhr zweimal mit ihm zusammen auf der Eisenbahn, einmal von Frankfurt nach Wiesbaden, ein zweites Mal in der Nähe von Rothenburg. Ich merkte sofort, „wo ihn der Schuh drückt“, und bei der zweiten Fahrt sprach ich ihn, ohne mich besonders vorzustellen, an, und sagte ihm, er solle sich nur bessere Schuhe anschaffen, dann würde er auch besser gehen können. Volkmar glaubte an die Güte seiner Schuhe und schüttelte fast unwillig den Kopf. Ein paar Jahre später, im vorigen Jahre, schickte ihn Herr von Bergmann zu mir, und Herr von Volkmar war nicht wenig erstaunt, seinen Reisebekannten von ehemals in mir wiederzufinden. Herr von Volkmar litt an einem Spitzfuß und einer sehr starken Verkrümmung der Beine, die im rechten Winkel nach unten standen. Er ist von mir kurirt worden und seine völlige Wiederherstellung ist mir eine Frage von Monaten.

„Ich warf hier ein, daß Herr von Volkmar im nächsten Winter schon Schlittschuh zu laufen gedente und Herr Hessing erwiderte mir: Was wird er auch können, er geht schon jetzt ohne Stock und wird bei richtiger Behandlung seine Füße wieder so normal gebrauchen können, wie vor seinem Kriegsunfall.“

— Staatsfonds zur Förderung der Serumforschung. Bekanntlich ist dem Professor Behring in Marburg von der Pariser Akademie des Sciences die Hälfte des Alberto Weipreises, den sein Stifter für die Entdeckung eines Heilmittels der Diphtherie ausgesetzt hatte, zuerkannt worden; die andere Hälfte bet 50.000 Franken betragenden Preises erhielt Prof. Roux in Paris. Den auf ihn entfallenden Anteil von 25.000 Franken hat Professor Behring nunmehr, wie der Abgeordnete Stabtrat a. D. Dr. Weber als Referent des Kultusrats im Abgeordnetenhaus mittelst, dem preussischen Staatsfonds zur Förderung der Serumforschung überwiesen. Dieser Fonds soll aus den zu erwartenden Ueberflüssen der amtlichen Kontrollstation für Diphtherieheils Serum gebildet werden, die vor wenigen Monaten zur Prüfung des in den Verkehr gelangenden Diphtherieserums geschaffen wurde.

23385 Str. im Vorjahre gebaden. Seit September 1895 wurde Weißbrot in 25- und 50 Pfg.-Brotten hergestellt und zwar bis 31. Dezember 16967 Stück kleine und 360 Stück große Brote. Der Gesamtumsatz belief sich auf 260753.46 Mk. gegen 182865.10 Mk. im Vorjahre, es ergab sich also ein Mehr von 77888.36 Mk. Der Reingewinn (5590.60 Mk.) beträgt 2 1/10 Proz. des Gesamtumsatzes. Es tragen verschiedene Momente dazu bei, einen Gewinn zu erzielen. Der Hauptvorteil liegt in der bedeutenden Unterstützung seitens der Leipziger Arbeiterschaft durch die Konsumvereine, und ist durch vereinbarte Barzahlung es ermöglicht, mit einem verhältnismäßig geringen Kapital einen großen Umsatz zu erzielen. Daß der Mitgliederbestand, der am 1. Januar 1896 aus 425 Genossen mit 606 Anteilen à 10 Mk. bestand, zurückgegangen ist, findet seinen Grund in dem Umschlag der Konsumgenossenschaften und hat auf den Geschäftsgang keinen Einfluß. Zu Punkt 5 schlägt der Aufsichtsrat vor, den Reingewinn in folgender Weise zu verteilen: An den Reservefonds 500 Mk., 6 Proz. Zinsen an 673 voll eingezahlte Anteile 403.80 Mk., Entschädigung an die Gesamtverwaltung 800 Mk., an den Dispositionsfonds 3886.80 Mk., zusammen 5590.60 Mk. Dem wird zugestimmt. Zu Punkt 6, Neuwahl des Vorstandes, erklärt der Geschäftsführer, eine Wiederwahl aus Gesundheits- und Geschäftsrücksichten ablehnen zu müssen. Nach längerer Debatte schreitet man zur Wahl des Gesamtvorstandes und gehen daraus hervor die Herren Köstler, Gordon, Bendel, Ungelb, die wieder- und Herr Heide, der neugewählt wurde. Die Ergänzungswahl für den Aufsichtsrat ergibt folgendes Resultat: Es werden die Herren Siegel und Leenders wiedergewählt, Thiene und Strobel (beides Vagantler) neugewählt. Zu Punkt 8, die Kontraktverhältnisse betreffend, erklärt der Geschäftsführer, daß das jetzige Lokal zu klein, unpraktisch und teuer sei. Es empfiehlt sich, ein besonderes Grundstück, an der Bahn gelegen, zu erwerben, wofür auch die Kasse für Mehl und Kohle erparat würden. Es macht sich überhaupt aus vielen praktischen Gründen eine Aenderung nötig. Die Versammlung beschließt: den Kontrakt per 30. September 1896 zu kündigen und wählt eine Kommission, bestehend aus den Genossen Brauns, Bock und Ungelb, die mit den Verwaltungen resp. Kommissionen der Konsumvereine Rücksprache zu nehmen und die Angelegenheit bis zur nächsten Halbjahrsversammlung zu regeln, sowie Vorschläge zu machen hat.

**Eine gut besuchte öffentliche Töpferversammlung** tagte am 29. Februar im Universitätskeller. Bei Punkt 1 der Tagesordnung, Lokalfrage, wurde einstimmig beschlossen, das bisherige Lokal, Universitätskeller, Ritterstraße 7, beizubehalten. Zu Punkt 2 der Tagesordnung, Stellungnahme zum ersten sächsischen Töpferkongress, verliest Kollege Feilhaber zunächst einen Brief der Dresdener Kollegen, worin sie auffordern, den Töpferkongress zu beschicken und die in der Umgegend von Leipzig arbeitenden Kollegen zu ermahnen, dem Centralverband als Einzelmitglieder beizutreten. Es entspann sich nun eine lebhaftige Debatte darüber, wie in den umliegenden Ortschaften zu agitieren und den dort arbeitenden Kollegen klar zu machen sei, daß sie in ihrem eigenen Interesse als Einzelmitglieder dem Verbande beizutreten müßten. Der Vorsitzende, Kollege Heyne und auch Kollege Feilhaber wiesen nach, wie notwendig diese Agitation sei. Der Kostpunkt müsse als Nebensache betrachtet werden und die Leipziger Kollegen dürften sich nicht nachfragen lassen, daß sie nicht im Stande seien, die Kosten dafür zu decken. Bei der Abstimmung wird gegen drei Stimmen beschlossen, die Landagitation vorzunehmen und den ersten sächsischen Töpferkongress zu beschicken, den Delegierten aber erst in nächster öffentlicher Töpferversammlung zu wählen. Zu Punkt 3 der Tagesordnung, Gewerkschaftliches, berichtet Kollege Fiechbach, daß der Kollege Schwab sein Amt als Vertrauensmann niedergelegt hat, weil er selbständig geworden ist. Der Centralvorstand hat Kollege Fiechbach als Nachfolger bestimmt. Der Vorsitzende, Kollege Heyne, bittet die Versammlung, dem Kollegen Schwab für sein rastloses, energisches, unermüdetes Wirken unter den Kollegen, zusammenzuhalten in guten und schlechten Zeiten, zu danken. Kollege Feilhaber ersucht noch die Anwesenden, sich in die Listen für die Kollegen in Friedland in Böhmen einzuschreiben.

**Eine öffentliche Vergolderversammlung** tagte am Freitag den 28. Februar im Lokale Münsterburg, Oststraße. Zum 1. Punkt der Tagesordnung hielt Genosse Meusch einen Vortrag über die gegenwärtigen Kämpfe der Arbeiter. Zum 2. Punkt, die Sperre über die B. Grosz'sche Goldblechfabrik und eventuelle Aufhebung derselben, erklärte Kollege Struß nochmals eingehend die Ursache des Streiks. Verschiedene jetzt dort Arbeitende beklagten sich über die Mißstände, die dort herrschen. Fast sämtliche Redner erklärten, daß das Schmarogertum in höchster Blüte stehe. Wer auf Seiten des Werkführers stehe, und sich als gefügiges Werkzeug gebrauchen lasse, bekomme die beste Arbeit. Ferner wurde noch berichtet, daß der jetzige Werkführer vor kurzem in Berlin war und unter der Vorpiegelung, daß keine Sperre über die Firma B. Grosz bestehe, Arbeiter hierher gelockt habe. Ein Antrag, die Sperre über die Firma B. Grosz so lange bestehen zu lassen, bis die Entlassung Borts erfolgt sei, wurde mit 10 gegen 10 Stimmen angenommen. Zum 3. Punkt: Gewerkschaftliches, wurde die Frage gestellt, ob die Barockvergolder gewillt sind, in eine Bewegung zu Gunsten der neunstündigen Arbeitszeit einzutreten.

Wegen vorgerückter Zeit wurde die Verhandlung bis zur nächsten Versammlung vertagt. Nach einem Mahnwort an die Anwesenden, sich der Organisation anzuschließen, fand die von ca. 90 Personen besuchte Versammlung ihr Ende.

**Aus Sachsen und den Nachbargebieten.**

**Vom Staatsgerichtshof.** Der König hat auf die Zeit vom Schluß des gegenwärtigen bis zum Schluß des nächsten ordentlichen Landtags den Präsidenten des Oberlandesgerichts Werner zum Vorsitzenden, ferner die Senatspräsidenten des Oberlandesgerichts Lamm, Meißner, Lohmeyer und Seyfert, sowie die Landesgerichtspräsidenten Prüber in Leipzig und Just in Dresden zu Mitgliedern des Staatsgerichtshofs ernannt. Die versammlungsmäßig auf die erwähnte Zeit durch den Landtag vorzunehmende Wahl von Mitgliedern dieses Gerichtshofs und deren Stellvertreter hat noch zu erfolgen.

**Dresden, 2. März.** Eine Lohnbewegung der Maler kommt hier in Fuß. In einer im Trianon am Sonntag abgehaltenen, stark besuchten Versammlung wurde beschlossen, daß Montag jeder im Baumalergewerbe beschäftigte Arbeiter das Arbeitsverhältnis aufkündigt und am 14. März die Arbeit niederlegen sollte. Niemand sollte sich mit seinem Arbeitgeber in Verhandlungen einlassen, es soll dies vielmehr lediglich der Lohnkommission überlassen werden. Am 16. März vormittags will man dann im Trianon eine weitere große Versammlung abhalten, um die Zahl der Streikenden kennen zu lernen und weitere Beschlüsse zu fassen. Die Maler verlangen in der Hauptsache eine Lohnerhöhung um 20 Prozent und Einführung der neunstündigen Arbeitszeit. Auch die Buchdrucker haben sich am Sonntag vormittag im Eldorado in sehr großer Zahl versammelt. Nach einem Vortrage und sich daran knüpfender längerer Aussprache stimmt man der in Leipzig angenommenen Resolution einstimmig zu, die bekanntlich fordert: 1. Mögliche Verkürzung der Arbeitszeit, 2. eine dementsprechende Lohnerhöhung und 3. Präzisierung der durch die Praxis als freizig empfundenen Paragrafen des Tarifs. Eine weitere einstimmig angenommene Resolution der Dresdener Gehilfenschaft besteht in 1. neunstündiger Arbeitszeit, 2. 15 Prozent Erhöhung der Grundpositionen des Tarifs und 3. eine 10pro-

zentige Erhöhung des Lohnes für Anstaltsknecht und -Drucker für die Dauer der Ausschüsse.

**Königsstein, 20. Februar.** Im Dorfe Reichenberg bei Königsstein ist ein Kasten mit 40000 Mark in Wertpapieren, Bargeld und anderen Wertgegenständen gestohlen. Man glaubt, daß die Diebe die Papiere (österreichisch-französische Eisenbahnprioritäten, deutsche Reichsanleihe, sächsische Rente etc.) in den größten Städten zu verkaufen suchen werden.

**Zwidau, 2. März.** Der Volksschullehrer Sobie, der früher in Brand bei Freiberg und zuletzt in Aue im Erzgebirge angestellt war und der als ein eifriger Anhänger und Wortführer der Antisemiten galt, wurde vom hiesigen Landgericht wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen, deren er sich Schülern gegenüber schuldig gemacht hatte, zu sechs Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

**Von der Wahlrechtsbewegung.**

Die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage wird am Donnerstag dieser Woche stattfinden. Die Wahlrechtskommission haben es sehr eilig.

Der König sollte bekanntlich nach einem mit großer Bestimmtheit angetretenen Bericht ein Gutachten des Leipziger Staatsrechtslehrers Geh. Hofrats Professor Dr. Binding über die Wahlrechtsvorlage gefordert haben. Dieses Gutachten soll sich gegen die Vorlage ausgesprochen haben. Jetzt schreibt das amtliche Dresdener Journal in Beziehung auf das ganze Gericht von dem eingeforderten Gutachten: „Wir sind in der Lage, diese Behauptung als eine durchaus unzutreffende, jeder tatsächlichen Begründung entbehrende zu bezeichnen.“ Es verhalten die Stimmen der sonst gepriesenen Gelehrten und Autoritäten ungehörig gegenüber den Stimmen Adernanns, Rehners und ihrer Freunde. — Es bestand übrigens noch das zweite Gerücht, daß der König zwar nicht Professor Binding, sondern einen hervorragenden Konservativen um ein Gutachten ersucht habe, das dann gegen die Vorlage ausgefallen sei. Wird dieses Gerücht auch dementiert werden?

Mit dem übrigen Dementi des Journals steht die weitere Nachricht völlig im Einklang, daß das Gesuch um eine Audienz bei dem König, das ein Kreis von Gegnern der Regierungsvorlage unter Führung des Geheimen Regierungsrats Professor Dr. Böhmert gestellt hatte, abschlägig beschieden worden sei.

Die Förderer der Wahlrechtsvorlage rufen jetzt auch ihre Getreuen im Lande zusammen und lassen erklären, daß die beabsichtigte Vorlage schön und gut, volkstümlich und segensbringend sei. Es sind das allerdings nur Versammlungen bekannter Claqueurs, die hinter verschlossenen Thüren ihre Stimme mütig erheben lassen. So hat in Plauen der National-liberale Verein in seiner Generalversammlung beschlossen, dem Vertreter des Plauenschen Wahlkreises, dem Abg. Kellner-Schönberg bekannt zu geben, daß man mit seiner Stellungnahme gegenüber der Wahlrechtsvorlage einverstanden sei und ihn zu ersuchen, auch fernerhin für den wesentlichen Inhalt derselben einzutreten. — Auch in Eisenach hat der Reichstreue Verein sich einstimmig für die Wahlrechtsvorlage ausgesprochen und beschlossen, den Landtagsabgeordneten der dortigen Kreise den Dank für ihr bisheriges Eintreten für die Vorlage auszusprechen und sie um ferneres energisches Eintreten für dieselbe zu ersuchen. — Da hätten die guten Leute mit ihrem einstimmigen Beschluß ja auch so eine Art von Stütze — Oder nicht?

**Eine antisemitische Protestversammlung in Dresden** nahm außer einer Protestresolution noch folgende Resolution einstimmig an: „Die Versammlung ersucht den Vertreter des zweiten Dresdener Wahlkreises im Landtage, Herrn Behrens, gegen das neue Wahlgesetz zu stimmen, und wenn er dies nicht will, sofort sein Mandat niederzulegen, das er nicht im Sinne der Mehrheit seiner Wählerschaft ausübt.“ Die Resolution ist ganz schön. Nur wird Herr Behrens sich sehr wenig daran setzen. Die Antisemiten machen sich jetzt mit ihrer Resolution noch obendrein lächerlich. Denn gerade mit ihrer Hilfe wurde bei den letzten Wahlen Herr Behrens in den Landtag gesandt, obwohl man die Reaktionsgelüste dieses Mannes genügend kannte.

Der Vorwärts fällt aus der Rolle. Auf die Richtigstellung in unserer Sonnabendnummer antwortet er mit einer recht naiven persönlichen Anspielung auf den Chefredakteur der Volkszeitung und schreibt:

Es ist in Leipzig nicht die Gesamtpartei, welche auf dem Standpunkt der Leipziger Volkszeitung, oder sagen wir richtiger: des Chefredakteurs derselben steht. Wir sind über die sächsischen und insbesondere über die Leipziger Verhältnisse zum mindesten so gut unterrichtet wie dieser; und wir stützen uns, außer auf den eigenen Bericht der Leipziger Volkszeitung über die Festschlecker-Versammlung auf Briefe altherwürdiger Genossen. Im Interesse des lieben Friedens haben wir diese Briefe nicht veröffentlicht. Dazu bemerken wir: der Vorwärts ist groß im Behaupten, weniger im Wissen. Er stinkt mit Briefen „von altherwürdigen Genossen“. Heraus mit diesen Briefen! Diese Briefe haben für die Öffentlichkeit nicht den mindesten Wert, nachdem in einer öffentlichen Parteiverammlung, die von Tausenden besucht war und in der nur die drei Abgeordneten als dabei interessiert dagegen sprachen, die Sache endgültig für Leipzig erledigt worden ist. Seit wann treibt die sozialdemokratische Partei Hintertreppenspolitik? Und gerade der Vorwärts, der sonst sich immer mit der vollen Öffentlichkeit seiner Partei zu brüsten beliebt? Es ist ein starkes Stück vom Vorwärts und zeugt von kleinlicher Ranküne, Herrn Stöckers Scheiterhaufenpolitik der Volkszeitung gegenüber zu befolgen. Hinter der Leipziger Volkszeitung steht die Arbeiterschaft Leipzigs, und unsere Haltung wird in kritischen Zeiten nicht revidiert werden, wie die des Vorwärts. Der Vorwärts stinkt weiter:

2. Aber ist denn ein Abgeordneter, welcher ganz korrekterweise die Frage der Mandatsniederlegung von der Landesversammlung abhängig macht, darum gegen die Niederlegung? Wir haben mit mehreren, vielleicht den meisten der Landtagsabgeordneten persönlich verkehrt und wir wissen, daß nicht einer unter ihnen ist, der daran denkt, sein Mandat zu behalten, wenn die Landesversammlung sich für die Niederlegung erklärt. Gegen die Fraktion vorzugehen haben wir keinen Grund, weil sie den einzig korrekten Weg gewählt hat, die Frage der Mandatsniederlegung sowie die weiteren tatsächlichen Fragen durch die Landesversammlung entscheiden zu lassen.

Die sächsischen Landtagsabgeordneten sind gegen die Niederlegung, was allerdings der Vorwärts nicht wissen kann, da seine Quellen die Briefe „altherwürdiger Genossen“ sind, die nicht den Mut haben, ihre Ansichten in der Öffentlichkeit zu vertreten. Soviel zu den Bemerkungen des Vorwärts, der nicht zum

erstenmal mit taktischem Ungeschick wichtige Parteifragen behandelt. Und das ist auch ein lehrreiches Symptom für unsere Bewegung und ihre Presse.

**Ständesaamtliche Nachrichten.**

Vom 24. bis mit 20. Februar 1896.

Geschicklichen: Tharigen, Karl Ernst, Drochsenlischer, mit Evancara, Maria, hier. — Schmidt, Otto Emil Paul, Schuhmacher, mit Böhle, Wilhelmine, hier. — Thälke, Friedrich Karl, Handarbeiter hier, mit Wächter, Anna Pauline, in Sellenhausen. — von Brittwitz und Gaffron, Wilhelm Johann Dietrich, Gerichtspräsident, mit gesch. Limburger geb. Kaeffner, Ella Luise, hier. — Allan, Peter Joseph, Bahnarbeiter, mit Sauer, Antonetta, hier. — Gebbert, Heinrich Friedrich Karl, Schneider, mit Laubert, Marie Joha, hier. — Dittich, August Moritz, Arbeiter, mit Böhle, Emil Helene, hier. — Schneider, Bernhard Ottomar Alwin, Barrer in Gerichshain, mit Händel, Elise Clementine Bertha Margarethe, hier. — Müller, Heinrich, Dr. phil., in Granschütz, mit Alwinus Katharine Franziska Florentine, hier. — Arnold, Karl August Emil, Tischler, mit Kühn, Marie Minna, hier. — Stiebig, Gottlieb Oskar, Maschinenmeister, mit Grefmann, Marie Christiane, hier. — Krumbholz, Ernst Ludwig Paul, Obergärtner in Lößnitz, mit Schenk, Frieda Hedwig, in Großhauher. — Jauchner, Heinrich Gustav Friedrich August, Baunternehmer, mit verw. Koch, geb. Adernann, Johanne Friederike, hier. — Müller, Friedrich, Buchbinder, mit Ebert, Marie Emma, hier. — Richter, Georg Ludwig, Wagenbauer, mit Graf, Laura Margaretha, hier. — Wegel, Berthold Max Leo, Drechsler, mit Krug, Marie Ernestine Bertha, hier. — Entz, Hugo Otto, Buchhalter in Blagwitz, mit Lindner, Franziska Elisabeth, hier. — Theil, Gustav Richard, Zimmerer, mit Wefel, Hedwig Lina, hier. — Sorge, Karl August, Stungießer in Reudnitz, mit Fröhlich, Marie Pauline Martha, hier. — Karst, Otto Richard, Gasarbeiter, mit Jacob, Anna Franziska Wilhelmine, hier. — Zusammen 20. Geburten: Ohme, Emil Oskar, Kassenboten L. — Werner, Julius Wilhelm, Oberleitungsassistenten L. — Reinecke, Christian Otto, Stellmachers L. — Burscher, Gustav Adolf, Maurers L. — Bach, Heinrich Johann Friedrich, Arzt, Dr. med. S. — Schröder, Christian Ernst Julius, Lehrers S. — Pfannstiel, Heinrich Emil, Tapezierers L. — Faulwetter, Karl Emil Gust., Tischlerwerkzeugmachers L. — Hertling, Friedrich Max, Geschäftsführers L. — Ritter, Karl Albert, Schankwirts S. — Johannes, Karl Friedrich Wilhelm, Maurers L. — Schühe, Johannes Ernst, Kaufmanns S. — Michel, Robert Anton, Posthilfsboten S. — Dydabas, Meier, Schneiders S. — Zentler, Edmund, Schuhmachers S. — Schröder, Friedrich Wilhelm, Marthelers L. — Wötcher, Max Reinhard, Fleischers S. — Dubiner, David, Kommissionsräts L. — Knecht, Karl Joseph August, Dekorationsmalers S. — Goerlich, August Friedrich, Marthelers L. — Naumbors, Friedrich August, Fabrikarbeiters L. — Moser, Karl August, Handarbeiters S. — Häusler, Ernst Louis, Viehkommissionsräts S. — Freier, Karl Rob., Arbeiters L. — Breilfeld, Max Hermann, Maschinenmeisters S. — Schab, Georg, Handarbeiters L. — Breilfeld, Friedrich August, Barbiergeschäftsinhabers S. — Hofmann, Georg Wilhelm Paul, Malers L. — Warkelen, Edwin Albalert, Kaufmanns S. — Tauer, Ernst Hermann, Aufsehers S. — Große, Friedrich Wilhelm, Kaufmanns L. — Schlichter, Friedrich Eduard, Malers S. — Beyer, Friedrich Adolf, Handarbeiters L. — Brummer, Friedrich Gustav, Steinsehers L. Volkmarzdorf. — Hertel, Friedrich Wilhelm, Geschäftsführers S. — Fischer, Gottlob Rudolf, Reiseexpedientens S. — Käber, Anton Felix, Polzeischupmanns S. — Lindner, Paul Wilhelm, Kassenboten S. — Wandt, Günther Friedrich Karl Eduard, Versicherungsbeamten L. — Schent, Otto Richard, Tapezierers S. — Nische, Friedrich Bernhard, Schuhwarenhändlers L. — Schapitz, Hermann Friedrich, Musikers L. — Vorkauer, Karl Theob., Fleischers L. — Niedmann, Karl Hermann Ferdinand, Tapezierers S. — Penkatz, Gustav Karl Rudolf Richard, Steinbruders L. — Lauterbach, Traug. Gottlieb Louis, Expedientens S. — Brinckwilt, August Franz, Geschäftsführers L. — Behler, Friedrich Julius, Malers S. — Rößl, Karl, Schaufellers L. — Bernhardt, Friedrich Hermann, Schuhmachers S. — Medick, Franz Oskar, Wädrer-Inhabers L. — Lorenz, Bruno Alexander, Commis L. — Goldmann, Ignaz, Kaufmanns L. — Scherbel, Ferdinand Hermann, Kaufmanns S. — Spring, Karl Max Otto, Kaufmanns L. — Hänfel, Maximilian Hermann Antonius, Kaufmanns L. — Braun, Emil Ernst Wilhelm, Sattlermeisters S. — Stiebler, Leopold Otto, Marthelers S. — Leonhard, Oskar Richard, Schriftsehers L. — Rudolph, Herm. Alfred, Arbeiters L. — Berger, Benjamin Gerh., Schriftsehers L. — Weber, Wilhelm Georg, Schneidermeisters L. — Kreupmann, Felix Christoph Hugo, Weichenwärters L. — Fischer, Friedrich Max, Musikanten S. — Henze, Hermann Robert, Oberfeldners L. — Neubauer, Karl Reinhold, gepr. Heilsehers L. — Lindner, Karl Friedrich, Tischlers S. — Schuster, Max Clemens, Wädrermeisters S. — Selter, Karl Richard, Droguisten L. — Schwidder, August Friedrich, Brensers S. — Adler, Joh. Max, Kaufmanns L. — Wöbke, Friedrich Karl, Naturalistens S. — Bader, Friedrich August Moritz, Mägenmachers L. — Schaal, Gustav Reinhold, Marthelers S. — Behrens, Friedrich Hermann Theodor, Kaufmanns S. — Grube, Friedr. Karl Wilhelm, Schaffners L. — Beyer, Franz Richard, Goldarbeiters L. — Quarch, Karl Friedrich August, Handeltmanns S. — Wuttig, Karl Wilhelm, Gerichtsschreibers L. — Kessler, Friedrich Gustav Adolf, Färbereimeisters L. — Wunderlich, Gottfried Hermann, Kaufmanns S. — Heyne, Hugo Moritz Robert, Zeichners S. — Engemann, Friedrich August, Marthelers S. — Goll, Robert Emil Paul, Schloßers S. — Benz, Franziskus Nathanael, Steinsehers L. — Dieck, Richard Clemens, Drechslermeisters L. — Heber, Karl Hugo, Mechanikers S. — Wanneke, Karl August, Arbeiters S. — Keilts, Johann Adolf Robert, Schuhmachereisters S. — Lampe, Franz, Stadtschreibers S. — Dähne, Rob. Otto, Maurers S. — Wibrich, Ernst Emil, Handarbeiters L. — Außerdem wurden 22 uneheliche Knaben und 18 uneheliche Mädchen (wovon 39 in der Universitäts-Frauen-Klinik geboren wurden) in das Geburtsregister eingetragen. — Zusammen 132.

— Gestorbene: Jahn, Franz, Fabrikarbeiter, 27 J. 9 M. 11 L. — Kettner, Heinr., Portier, 55 J. 5 M. 13 L. — Leinhos, Ebn Otto, Privatmann, 46 J. 4 L. — Hansen, Friedr. Karl Jul., Handarbeiter, 38 J. 10 M. 28 L. — Hansen, Johanne Friederike geb. Gebhardt, Hausverwalters Witwe, 75 J. 11 M. 19 L. — Wallner, Franz Bernh., Handarbeiter, 22 J. 9 M. 21 L. — Meyer, Christiane Auguste geb. Büllich, Getreidehändlers Witwe, 80 J. 11 L. — Blante, Friedr. Wilh., Arbeiter, 42 J. 5 M. 22 L. — Große, Anna Emilie, Schneidern, 23 J. 10 L. — Buchholz-Plantenburg, Bertha Auguste, Privata, 77 J. 10 M. 9 L. — Kühne, Felix Bernhard, Stubent, 22 J. 5 M. 26 L. — Ronneberger, Juliane Christiane geb. Krause, Defonomens Witwe, 81 J. 1 M. — Nische, Auguste Luise Charlotte, Marthelers L., 6 M. 21 L. — Werner, Karl Felix, Dekorationsmalers, 20 J. 9 M. 20 L. — Hufel, Johanne Friederike geb. Kluge, Malers Witwe, 74 J. 1 M. 19 L. — Schilde, Auguste Lina geb. Göllnich, Schloßers Witwe, 81 J. 3 M. 21 L. — Dorn, Hans Willy Bruno, Schloßers S., 3 J. 8 M. 9 L. — Grohmann, Joh. Ludw., Siebelfabrikant, 79 J. 5 M. 22 L. — Ahrens, Leberredt Heinr. Gottfr., Schriftsehers, 36 J. 2 M. 26 L. — Dehrling, Kmalie Ernestine geb. Kreybel, Kollatschlers Witwe, 37 J. 3 L. — Steube, Marie Luise, gesch. Bierhufe geb. Frohn, Kursehers Ehefrau, 60 J. 9 M. 7 L. — Nische, Joh. Gottlob, pens. Briefträger, 70 J. 5 M. 8 L. — Lorenz, Friedrich Karl Paul, Handarbeiter, 31 J. 5 M. 24 L. — Gschke, August Friedrich, Agent, 45 J. 2 M. 20 L. — Freter, Hermann Hugo, Maschinist, 40 J. 5 M. 5 L. — Kögberg, Franz Robert, Privatmann, 78 J. 11 M. 24 L. — Beyer, Frh. Walthar, Heizers S., 1 M. 24 L. — Heber, Pauline geb. Mendel, Oberstschaffners Ehefrau, 67 J. 6 M. 7 L. — Stobbe, Karl Otto Ludwig, Tapezierers S., 1 J. 2 M. 6 L. — Richter, Elise Emma geb. Schmidt, Uhrmachers Ehefrau, 25 J. 4 M. 25 L. — Walter,

**Klara Agnes** geb. Bachsmuth, Produktenhändlers Ehefrau, 45 J. 11 M. 26 J. — **Berger**, Johanne Sophie geb. Grune, Tischlers Witwe, 64 J. 3 M. 6 J. — **Heinrichs**, Ernst Hugo, Buchbinder, 35 J. 6 M. 14 J. — **Hesfel**, Christiane Sophie geb. Kaiser, Schneidermeisters geschied. Ehefrau, 63 J. 4 M. 23 J. — **Müller**, Marie Henriette geb. Graupner, Dachdeckers Ehefrau, 44 J. 7 M. 6 J. — **Grundmann**, Karl Friedr., Tischler, 50 J. 11 M. 30 J. — **Leichmann**, Heinrich Alfred, Mustermachers S., 2 M. 3 J. — **Hänsel**, Johanna Margareta, Handlungsgehilfens T., 3 J. — **Schmidt**, Johanne Friederike geb. Versmann, Tischlermeisters Witwe, 82 J. 1 M. 12 J. — **Fischer**, Friedr. Wilh., Amtsgerichts-Sekretär, 54 J. 3 M. 13 J. — **Nichter**, Karl Gust. Ewald, Brauer, 27 J. 10 M. 16 J. — **Vindner**, Selma Ida geb. Straube, Schachtarbeiters Ehefrau, 34 J. 3 M. 20 J. — **Weske**, Ida Klara geb. Gennig, Reifensbinders Witwe, 58 J. 8 M. 7 J. — **zur Straffen**, Melchior, Prof. a. d. Kunstakademie, 68 J. 2 M. — **Braun**, Klara Gertrud Frida, Kleblers T., 9 M. 15 J. — **Göß**, Maria Magdalena Barbara, Aufwärterin, 66 J. 10 M. 28 J. — **Reswabba**, Franz Joseph Ott, Seminarist, 20 J. 2 M. 25 J. — **Nieler**, Helene Martha, Schuhmachermeisters T., 14 J. 5 M. 21 J. — **Otto**, Joh. Gottlob, privatl. Schneidermeister, 71 J. 11 M. 12 J. — **Hertel**, Juliane Rudolphe Hermine geb. Starl, Pastors Witwe, 75 J. 11 M. 1 J. — **Fischer**, Willig Georg, Tischlerlehrling, 15 J. 9 M. 21 J. — **Müller**, Otto Paul, Schlossers S., 10 M. — **Beder**, Kurt Ernst, Bahnarbeiters S., 2 J. 9 M. 15 J. — **Staats**, Anna Helene geb. Benneker, Hausmanns Ehefrau, 48 J. 3 M. 27 J. — **Merkel**, Henriette geb. Stehler, Schneidermeisters Witwe, 84 J. 11 M. 20 J. — **Wohling**, Johanne Theresie geb. Hebold, Schuhmachermeisters Witwe, 84 J. 8 M. 28 J. — **Heine**, Emma Frida, herrschaftlichen Rutschers T., 1 M. 17 J. — **Hilde**, Heinrich, Handelsmann, 77 J. 11 M. 23 J. — **Schnee**, Margarete Elisabeth, Handarbeiters T., 29 J. — **Hund**, Georg Rob., Schneidermeisters S., 1 M. 23 J. — **Uferstadt**, Ernst Leop. Karl, privat. Kaufmann, 78 J. 4 M. — **Schäpe**, Auguste Sophie geb. Krebs, Schlossers Ehefrau, 82 J. 8 M. 1 J. — **Magdeburg**, Amalie Theresie geb. Berner, Fuhrwerksführers Witwe, 67 J. 15 J. — **Rudolph**, Leonore Wilhelmine geb. Staub, Maurermeisters Witwe, 83 J. 7 M. 28 J. — **Weber**, Karl Traugott, Schneider, 67 J. 5 M. 23 J. — **Silaff**, Johann Friedrich, Bädermeister, 56 J. 8 M. 4 J. — **Zusammen** 81 Todesfälle (einschließlich 5 uneheliche und 10 todtgeborene Kinder).

### Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 3. März.

**Nichtigstellung.** In der Stötteritzer Parteiverammlung vom letzten Sonntag wurde seitens des Vorsitzenden mitgeteilt, die Abgeordneten Hofmann und Pinkan hätten sich aus gesundheitlichen Gründen wegen ihres Fernbleibens von der Versammlung entschuldigen lassen. Wie wir nun erfahren, liegen die Gründe der Entschuldigung auf anderem Gebiete. Gen. Hofmann konnte nicht kommen, weil er für einen anderen Genossen am Sonntag Konstantinogelder anzufahren mußte, Genosse Pinkan dagegen will die Gründe für sein Wegbleiben später angeben.

**Die am Sonntag über ganz Sachsen stattgefundene Verbreitung eines an Sachsen Volk gerichteten Flugblattes,** das die Wahlrechtentziehung behandelt, scheint an einigen Orten nicht ohne einige Schwierigkeiten vor sich gegangen zu sein. Einige Gruppen Leipziger Genossen, die die Verbreitung in der weiteren Umgebung von Leipzig vornahmen, melden uns, daß sie in Berührung mit der Gendarmerie gerielen. Die in Grimma und Umgegend thätigen Genossen wurden von allem Anfang an von einem Vandalen verfolgt, der ihnen später die Verbreitung untersagte mit dem Bemerkung, daß die Verbreitung Sonntags „verboten“ sei. Als hiergegen Einspruch erhoben wurde, begnügte sich der Vandal mit der Feststellung der Namen. In Grimma selbst wollte die Schutzmannschaft einer Kolonne Verbreiter die Flugblätter abnehmen. Auf ihren Einspruch mußten die Verbreiter mit aufs Rathaus, wo die Flugblätter „konfisziert“ und erklärt wurde, daß sie erst dem nicht anwesenden Bürgermeister vorgelegt werden müßten. Inzwischen war eine andere Kolonne eifrig thätig, so daß auch die Grimmaer Einwohner an Flugblättern nicht zu kurz gekommen sind. — Auch in Borna wurden die Namen von Verbreitern festgestellt und das „Material“ von der Polizei an sich genommen. — Die alte Denunziantin, die Leipziger Neuesten Nachrichten, frühnen natürlich wieder ihrer alten Gepflogenheit, indem sie schreiben:

Durch Verbreitung eines sozialdemokratischen Flugblattes wurde am gestrigen Sonntag wieder einmal die hiesige Einwohnerschaft belästigt. Der gegen die Wahlrechtsänderung gerichtete Inhalt verstoßt jedenfalls gegen das Strafgesetz, denn wir sehen, wie Verbreiter der Schriften von Schulzen notiert wurden.

Uns ist von Namensfeststellungen in Leipzig nichts bekannt geworden. Wir bezweifeln auch sehr, daß die Staatsanwaltschaft dem freundslichen Wink der „verästelten“ Neuesten Nachrichten Folge leisten wird.

**Von denjenigen Genossen, die vor und während der Wahl der Generalversammlung der Leipziger Ortskrankenkasse gegen ihre unfreiwillige Kandidatur protestierten,** wünscht noch genannt zu werden die Genossen F. Weisler, Richard Braun-Thouberg, Paul Weltert, William Heyer-Klein-schöcher.

**Die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine mit beschränkter Haftung in Hamburg** wird Sonntag den 15. März in den Kaiserhallen, Leipzig-Kleinstadt, abgehalten. Da infolge dessen eine größere Anzahl von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern der sächsischen Konsumvereine nach Leipzig kommt, ladet Herr Emil Kalkofen, Vorstand, dieselben für Montag den 16. März vormittags 10 Uhr zu einer öffentlichen Protestversammlung nach demselben Lokale ein.

Die Tagesordnung dieser Versammlung ist: Stellungnahme zu den im Reichstage geplanten Änderungen des Gewerkschaftsgesetzes, sowie zu dem von der konservativen Fraktion im sächsischen Landtage eingebrachten Antrag: Die Umsatzsteuer betreffend und die Rektion des Konsumvereins Plauen hierzu. Der letztere Verein will in seiner an den Landtag gerichteten Petition für sich eine Ausnahmestellung, weil er außerhalb Plauens keine Filialen habe und nicht wie andere Vereine eine politische Richtung verfolge oder politische Bestrebungen innerhalb des Vereins duldet und weil er auch außerhalb des Verbandes der Konsumvereine in Sachsen steht. Diese Tagesordnung ist so wichtig und interessant zugleich, daß jedenfalls eine sehr zahlreiche Beteiligung aus allen Teilen Sachsens zu erwarten ist. Speziell die eigenartige genossenschaftliche Handlungsweise des Konsumvereins Plauen wird jedenfalls zu einer lebhaften Auseinandersetzung führen. Für sich eine Ausnahmestellung von dem Gesetzgeber zu erbitten ist schon sehr natv. Aber geradezu geschmacklos ist es, wenn ein Konsumverein seine Brudervereine bei dem Gesetzgeber als politische Vereine denunziert. Der Konsumverein Plauen zählt 4300 Mitglieder, wissen viele um die ehrenwerte

Handlungsweise ihrer Verwaltung? Wohl kaum! Sie werden aber hoffentlich dafür Sorge tragen, daß diese Verwaltung den gebührenden Lohn erhält. Vorläufig mag die Presse dafür sorgen, daß diese Selbstthat Plauens bekannt und festgenagelt wird.

Zu obiger Versammlung hat jedermann Zutritt und sind besonders die Vertreter der Presse und die Herren Land- und Reichstagsabgeordneten eingeladen.

**Zur Buchdruckerbewegung** liegt anlässlich einer Meldung über die am Sonntag in Berlin stattgefundene Buchdrucker-versammlung eine Mitteilung der Leipziger Prinzipalsleitung vor. 3-4000 Berliner Buchdrucker haben nämlich beschloffen, den Reinstudenten und 15 Proz. Lohnerhöhung zu verlangen. Dazu wird nun dem Leipziger Tageblatt geschrieben: „Wie bereits mitgeteilt wurde, hat die Leitung der deutschen Buchdrucker-prinzipale ihre „Eigenheit“ zur Verhandlung mit der Gehilfenschaft erklärt. Nach der Haltung der Berliner Buchdrucker-versammlung scheint jedoch die dortige Gehilfenschaft die Aufnahme friedlicher Verhandlungen zu verhindern und ihre Forderungen gewaltsam unter Kontraktbruch durchsetzen zu wollen. „Im Interesse der Gesamtgehilfenschaft“ würde dies nur zu bedauern sein, da die deutschen Buchdruckerbesitzer jedem auf sie ausgeübten Zwang entschieden entgegengetreten würden.“ — Es ist spotthaft, zu sehen, wie sich die Herren Druckbarone den Anschein zu geben bemüht sind, als folgten sie, wenn sie sich jetzt zu Konzessionen „geneigt“ zeigen, lediglich ihrem guten Herzen. — Heute abend findet übrigens auch hier und zwar im Krystallpalast eine Buchdrucker-versammlung statt, die in der Arbeitszeit- und Lohnfrage weiter Beschluß fassen soll.

**Die Geschichte der Erde** — so lautete das Thema eines Vortrages, den unser Genosse Laube am Sonntag abend im ersten Lokale des Arbeitervereins hielt und durch wohl an die Hundert Lichtbilder erläuterte. Abgesehen davon, daß die Bilder das Werden und Vergehen der verschiedenen Erd-formationsperioden von der Urzeit bis zur Gegenwart mit der jeweiligen Vegetation und Fauna in seltener Schönheit und Treue vor den Augen des Beschauers vorübergleiten ließ, bot der Vortrag so viel Wissenswertes für den Laien, daß wir den Arbeiter auswärts empfehlen, einer der für die Zukunft noch geplanten Wiederholungen des Vortrages beizuwohnen. Auf den Vortrag selbst des näheren einzugehen, müssen wir uns heute leider versagen, behalten uns dies jedoch für später vor. Wie wir erfahren, hat Genosse Laube mit der Geschichte der Erde einen Cyklus von Vorträgen eröffnet, die sämtlich darauf berechnet sind, das Wissen der Arbeiter über die Vorgänge im Weltraum zu erweitern. Auch bereitet Genosse Laube einen Experimentalvortrag über die Entdeckung der Röntgen-Strahlen vor.

**Ein Naturheilverein,** der den Namen Rausse führt, hat sich in L-Sellerhausen gegründet. Der Verein hält seine Sitzungen des Sellen Mittwochs abend von 1/9 Uhr im Restaurant zum goldenen Stern, L-Sellerhausen, Ecke Eisenbahn- und Eblschtrasse ab.

**Die Ostermesse für Musterlager und Musterkollektionen** hat gestern begonnen und dauert bis 14. März. Es fällt die Anwesenheit mehrerer neuer Messbesucher auf, auch wird ein gutes Geschäft erwartet. — Heute morgen wurde die Mess-ausstellung des Mitteldeutschen Papier-Industriellen-Bereins im Kaufmännischen Vereinshaufe eröffnet. Sie dauert bis Donnerstag abend.

**Naturerscheinung.** Am Sonnabend abend in der neunten Stunde wurde der Niedergang eines prachtvollen, in blaugrünem Lichte intensiv erstrahlenden Meteors beobachtet. Es bewegte sich von Südost nach Südwest. Die farbenprächtige Erscheinung dauerte etwa 2-3 Sekunden.

**Selbstmord.** Ein junger Bureaubeamter, der in einem Geschäft am Markt in Stellung war, hat sich im Laufe der letzten Nacht in seiner im Südviertel gelegenen Wohnung durch einen Revolvererschuss entleibt. Differenzen im Geschäft sollen die Ursache der That sein.

**Reichensfund.** In Königs-Wusterhausen ist dieser Tage der Leichnam eines Unbekannten gefunden worden, der in dortigen Wirtschaften einige Tage vor seinem durch Selbstmord herbeigeführten Tode erzählt hat, er sei Dachbedeckungsmeister und stamme aus Leipzig. Der Unbekannte scheint 60 Jahre alt zu sein, hat graumeliertes Haar, ist barlos und trägt braunes Jackett, schwarze Hose und rote Strümpfe.

**In Lebensgefahr.** Am Sonntag abend gegen 11 Uhr wäre auf dem Übergange der Dilschdörfer Straße über die Wagdeburger Bahn bei L-Entrichs beinahe ein Eisenbahnunglück passiert. Das Pferd der Droschke Nr. 431 ging durch, über-sprang die Gitterbarriere und zertrümmerte, den Wagen hinter sich her reichend, drei der Barrierepfosten, die sämtlich kurz über der Drehwelle weggebrochen wurden. Der eben aus-laufende Güterzug vermochte nicht mehr zu halten und passierte dicht hinter der Droschke die Unfallstelle.

**Anglistische Fälle.** Gestern vormittag wurde der Maler Horn beim Tapezieren einer Wohnung in der Wilhelmstraße zu Leipzig-Plauer von einem Unfall überfallen. Der Kranke blieb längere Zeit zwischen dem Leitergerüst hängen, bis er durch später hinzu-kommende Frauen aus seiner Lage befreit wurde. Da Horn vollständig gelähmt blieb, wurde er abends ins Krankenhaus zu St. Jakob gebracht. — Von einer ohne Verhörer herumlaufenden Fleischerdogge wurde gestern ein jähriges Tapeziererkind in der Gustav-Adolf-Straße in den Unterleib gebissen und schwer verletzt. — Ferner erlitt die Köchin einer Familie in der Frankfurter Straße schwere Brandwunden. Sie hatte sich einen Tiegel siedenden Fettes über den Körper gegossen. Das Mädchen wurde ins Krankenhaus gebracht.

**Hebersäher** wurde auf dem Peterssteinweg ein 54 Jahre alter Handarbeiter von einem zweispännigen Rutschgeschirre. Der Rutscher wollte ruhig weiterfahren, wurde aber angehalten und zur Verantwortung gezogen. — An der Ecke der Turner- und Sternwartenstraße lief gestern ein 5-jähriges Arbeiterkind in einen Kollwagen. Es wurde von den Pferden umgerissen und geriet dann unter die Räder.

**Ein Herzschlag** machte am Montag dem Leben eines 59 Jahre alten Privatmannes ein Ende, als er im Begriffe stand, eine Reise nach Berlin anzutreten. — Schnellen Tod durch Herzschlag erlitt auch der Feuermann der Rühlischen Brauerei in Volkmarzdorf. Man fand ihn heute morgen auf seiner Arbeitsstätte entseelt vor.

**Ein frecher Unbestechlich** wurde am Sonnabend abend in der 10. Stunde in dem Grundstücke Mittelstraße 20 verübt. An der Korridorhürde im Parterre wurde geklingelt. Als die

dort wohnende Frau die Thür öffnete, fiel ihr ein dieser Wasch-pfahl auf den Kopf, daß sie zurücktaumelte. Vorher hatten die jetigen Patrone im Hausflur die Lampe verloscht.

**Feuerbericht.** In der Glaskleberei von Beck, Moden-strasse 11, entstand Sonntag abend ein größerer Brand. Eine mit Terpentin getränkte Arbeitstafel war durch Umfallen einer Petroleumlampe in Brand geraten. — Ferner kam in einem Gerölbe der Sidonienstraße Feuer aus. — In einer Wohnung der Reiser Straße plakte ein überhitzter Ofen, wobei ein glühendes Stück Eisen einem Kinde an die Wade flog.

**Eigentumsvergehen.** Beim Verfaße einer gestohlenen goldenen Uhr mit Kette wurde gestern ein 21 Jahre alter Uhr-macher in Haft genommen. — Das gleiche Schicksal hatte ein Einbrecher, der in der Nacht vom Montag zum Dienstag in einem Geschäftsgrundstück der Salomonstraße bei seiner „Arbeit“ ertwischt wurde.

**Achtung!** Unterzeichneter ersucht die Vertrauensmänner so-wie die Parteigenossen, Nachricht an ihn gelangen zu lassen, ob in Leipzig und Umgegend Bier aus der Coburger Aktien-bräuerei verzapft wird, und inwiefern die Arbeiter und Parteigenossen dies Bier trinken. Es ist notwendig, uns zu orien-tieren, um eventuell geeignete Maßregeln treffen zu können. Die Bräuereiarbeiter haben alle Ursache, sich bessere Be-handlung, Bezahlung und kürzere Arbeitszeit zu wünschen. Der Vertrauensmann für Coburg, Chr. Bönnig, Herrngasse 1.

### Von Nah und Fern.

**Berlin, 3. März.** Ein Mädchen-Mord, der allem Anschein nach auf Berliner Terrain verübt worden ist, wurde gestern Sonntag, vormittag gegen 10 1/2 Uhr in Rixdorf entdeckt. Um diese Zeit passierten drei junge Leute, die Brüder Sauerwald, die an der Grenze Berlins belegenen Köllnischen Wiesen, als sie plötzlich in dem jenes Terrain durchfließenden Wiefengraben, einem seichten Wässerchen, da, wo es von im Zuge der Liegnitzer Straße und Straße Nr. 20 belegenen Steines- und Holzplätzen in einem rechten Winkel abbiegt, die Leiche eines bis auf das Hemd entkleideten jungen Mädchens entdeckten. Die Leiche, die außerdem noch ein Korset trug, deren Hemd ein Monogramm C. G. aufweist, war anscheinend in die ziemlich dünne Eisfläche des Wässerchens gewaltsam hineingestoßen worden, so daß der Kopf und obere Teil des Körpers unter der Eisfläche lagen, die Füße jedoch hervorragten. Die Leiche kam erst in früher Morgenstunde am Sonntag nach dem Fundort gebracht sein. Auf der Wiese, unweit des Fundortes wurde eine Wagenspur entdeckt, die nach der Reinerstraße, dem Maybachufer, Thielens-Brücke, Kottbusser Ufer bis zur Glogauer Straße verfolgt werden konnte. Einzelne Blutstropfen, die sich zwischen dieser, von einem zweirädrigen Schiebkarren herrührenden Spur verfolgen ließen, deuten darauf hin, daß der Transport der Leiche mittels dieses Fuhrwerkes nach dem Wiefengraben erfolgt ist. Der gestern abend gefallene Schnee hat leider die Möglichkeit einer weiteren Verfolgung der Spur genommen. Heute früh ist die Leiche als die im Jahre 1875 geborene un-verheiratete Klara Galle rekonnoziert worden, die in Rix-dorf, Rietzenstraße 61, bei ihrer Cousine, einer Frau Jaedicke, wohnte. Das junge Mädchen hat sich am Donnerstag, nach-mittags nach Berlin und zwar nach der Ausgabestelle des Berliner Lokal-Anzeigers in der Rannysstraße begeben, um durch Lesen des Annoncentextes dieser Zeitung Stellung zu suchen. Anscheinend hat die G. auch eine solche gefunden, sie hat aber Frau J. nicht mehr davon benachrichtigt.

**Ein Mord** ist an einem Kinde, anscheinend dem Kinde eines Schiffers, verübt worden, dessen Leiche gestern von einem Schutz-mann im Landwehrkanal unweit der Freiarche unter einem Bogen der Stadtbahn gefunden und gefandet wurde. Es handelt sich um ein kleines Mädchen, das etwa 1 1/2 bis 2 Jahre alt gewesen sein mag. Das Kind ist durch einen wolkigen Handschuh, der beim Auffinden der Leiche noch im Munde steckte, erstickt und dann ins Wasser geworfen worden.

**Düsseldorf, 2. März.** Der Homöopath Dr. Volbeding ist wegen grober Unregelmäßigkeiten in seiner ärztlichen Praxis verhaftet worden.

**Wosen, 2. März.** Als bei der Revision der Brennerei zu Neugörsch im Kreise Schwerin a. W. der Ober-Steuerkontrolleur Nemelski und der Steuerkontrolleur Kuback den Vorräum be-traten, fielen sie sofort brennungslos um. Kruback war auf der Stelle erstickt, während Nemelski sich wieder erholt. Kruback hinterläßt Frau und sieben unversorgte Kinder.

**London, 2. März.** Während eines Sturmes bei Towns-ville, an der Nordostküste von Queensland, scheiterten dort 17 Dampfer; mehrere gingen mit der gesamten Mannschaft und allen Reisenden unter.

**Konstantinopel, 2. März.** Aus Bagdad werden Ueber-schwemmungen gemeldet. Ungefähr 600 Araber und 80000 Stück Vieh sind angeblich umgekommen.

### Letzte Nachrichten.

Auf die Anfrage des Professors Delbrück, wie sich Herr v. Stumm jetzt zum allgemeinen gleichen geheimen Wahlrecht stelle, läßt dieser jetzt durch die Post antworten, er habe nicht die Absicht, eine Aenderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts herbeizuführen, wohl aber halte er es für zweckmäßig, die geheime Abstimmung wieder aufzuheben. Aber wenn die Abstimmung öffentlich ist, sind die Millionen Abhängiger nicht mehr in der Lage, frei zu wählen.

### Privattelegramme der Leipziger Volkszeitung.

**Die Wahlrechtsumstürzer spüten sich.** Dresden, 3. März, 11 Uhr 5 Min. vorm. Im Landtag wird am Donnerstag den 5. März die Schlussberatung über die **Wahlgesetzvorlage** stattfinden. Das Opfer liegt, die Raben steigen nieder. Die Wahlrechtspolitik wird Gesetz. Einen Tag nach dem Aufstap, dem Tage, an dem die frommen Christen des Landtags sich sammeln und in sich gehen, werden 95 Prozent aller Wähler rechtlos gemacht.

**Versammlungskalender.** Dienstag: Metallarbeiter, Bauverein, Dresdener Straße. Abends halb 9 Uhr. 2. D. 1. Die gegenwärtige glänzige Beschäftigung in der Metallindustrie und die Organisation der Metallarbeiter. 2. Gewerkschaftsfragen. 3. Diskussion. 4. Wahl von Delegierten zum Gewerkschaftskongress. Referent: Volkge Roth-Lad aus Berlin. Mittwoch: Flora. Abends halb 8 Uhr. 2. D. Bericht der Lohnkommission und Stellungnahme zu unseren diesjährigen Forderungen. Donnerstag: Sozialdemokratischer Verein E. O. G. Gasse. Abends halb 8 Uhr. 2. D. 1. Vortrag über: Zukunftspläne der Bergangelegenheit. 2. Politische Randfragen. 3. Fragebogen. 4. Rezeption und Parteiangelegenheiten. Referent: Genosse Max Jacobson.

Briefkasten der Redaktion.

Fr. 28. Wegen Sie sich darüber nicht auf. Der Ausdruck ist an eine andere Adresse gerichtet.

Auskunft in Rechtsfragen. A. G. B. 12. Jeder Mitbewerber ist berechtigt, die Zeitung

des gemeinsamen Besitzes zu verlangen, wenn die anderen sich weigern, auf Teilung zu klagen. Die Kosten der Teilung tragen alle gemeinschaftlich.

Theatervorstellungen. Neues Theater.

Dienstag den 3. März: 62. Abonn.-Vorstellung (2. Serie, rot). Der Rattenfänger von Hameln.

Einlass 7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Schauspieler: Spielplan: Mittwoch: Geschlossen. Donnerstag: Wladimir

Altes Theater.

Dienstag den 3. März. Das Glück im Winkel. Schauspiel in 3 Akten von Hermann Sudermann.

Schwaab & Hoffmann Schletterstraße Nr. 3 ein Ofen-Geschäft

Schwaab & Hoffmann Töpfermeister, Schletterstraße 3. Emil Löttsch, Gohlis Mückerns Strasse 2

Zur Konfirmation empfehle mein Schuhwarenlager, auf einen Posten zurückgesetzter Schuhe und Stiefel mache besonders aufmerksam, weil äußerst preiswert.

H. Nordheimer Schützenstrasse 21 und Petersstrasse 48 empfiehlt als besonders preiswert: Herren-Schaftstiefel, bewährte Qualität 6.50

Zur Konfirmation empfehle mein reichhaltiges Lager in Konfirmanten-Anzügen und Stiefeln

Leipzigs grösste und billigste Bezugsquelle! Robert Barth Kurprinzstr. 24, Ecke Windmühlenstr.

Konfirmanten! Herren- und Knaben-Anzüge, einzelnes Jacketts, Hosen, Westen, Arbeitsfächer u. alle Sorten Schuh

Kleina Markthalle, Kurprinzstrasse Nr. 20 empfiehlt seinen vorzüglichen Mittagstisch

Eier, à St. 6 Pf. Flomen-Schmalz In reines Braunschweiger à Pfd. 55 und II 50 Pfg.

Julius Bräunig Peterssteinweg 12. Gohlis, Gohlis. Cigarrenlager eigener Fabrik, empfiehlt

Gummiwaren Bedarfsartikel zur Gesundheitspflege sowie viele Neuheiten

Konfirm.-Anzüge in größter Auswahl von 12 Mark an. Amerikanische Verkaufshalle Tauchaer Str. 9.

Spezial-Verteugungsgeschäft. 6 Erklungsbedecken 88 Pfg., 6 weisse Warendent-Büchsen 110 Pfg.

R. Ritter Juweller 17 Windmühlenstr. 17. Reiche Auswahl in Juwelen, Gold- und Silberwaren.

Anton Wilim Schreiberstrasse 10 empfiehlt Anzüge sowie Paletots nach Maß von 35 Mk. an.

Käufe und Verkäufe. Für Gesangsvereine und Gasphorenbesitzer. 1 geb., schwarzer, sehr gut erhaltener

Achtung! 4 Stück wenig gebrauchte Pneumatik-Rover werden zu kaufen gesucht.

Wohnungsanzeigen. 1896. Zimmer billig zu vermieten. 1896. Glockenstr. 4, III. r.

Wohnungsanzeigen. 1896. Zimmer billig zu vermieten. 1896. Glockenstr. 4, III. r.

Vermischte Anzeigen. Braues, gutes Dienstmädchen findet sofort.

Verloren eine goldene Damenuhre am 2. März, Karl Tauchitz-Str., Königsplatz, Bräuderstr.

Piano-Mechanik-Vorarbeiter oder Meister, der fertige Mechaniker genau prüfen kann, wird bei hohem Lohn

Hermann Müller Gohlis, Untere Georgstr. 3, I. Inseraten - Annahme bei billigster Preisberechnung.

Familienanzeigen. Unserem Kollegen und Raubmacher Hermann Strizke die besten Wünsche zu seinem heutigen Tage.

Dank. Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Begräbnis meines so früh dahingegangenen Vaters, unseres

Dank. Die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Tode und Begräbnis meiner mir unvergesslichen Frau

Kurtchens sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die herzlichste Teilnahme

Frida sagen hierdurch allen unseren tiefgefühltesten Dank.



Reichstag.

40. Sitzung vom 2. März 1896. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher, Graf Posadowsky, Miquel, v. Hammerstein.

Eingegangen ist der Reichsberichtsbericht des Reichs-Verkehrsamts.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Gesetzesentwurfes, betr. die Zuckersteuer.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der vorliegende Gesetzesentwurf ist bereits vor Monaten auf illegitimem Wege veröffentlicht worden; seit dieser Zeit schwankt sein Charakterbild in einer heftigen Polemik. Es sollen dem Reiche keine Mehreinnahmen zugeführt, sondern nur die durch das Gesetz von 1891 festgestellten Mehreinnahmen erhalten bleiben.

Der Gesetzesentwurf entspricht dem Antrag des Bundesraths vom Jahre 1894, der die Unterstreichung von 144 Mitgliedern dieses Hauses gefunden hat. Demgegenüber hätten die verbündeten Regierungen abwarten können. Stiegen die Preise, dann war es gut; fielen sie, dann würde eine Zwangs-Kontingentierung eingetreten sein durch den Eingang von Zuckerrückwaren. Davon wäre befriedigt gewesen die linke Seite dieses Hauses und namentlich das gesammte konturrende Ausland. Schon das Gerücht, daß die Vorlage zurückgezogen werden sollte, rief lebhafteste Besorgnis hervor.

Im allgemeinen ist der deutsche Landwirt eine ziemlich zähe und schwer zu bewegende Person. Wenn er in die Bewegung geräth, dann müssen brennende Ursachen vorhanden sein, und diese würden wohl jetzt von allen Seiten des Hauses anerkannt werden. Die verbündeten Regierungen hatten die ungewisse Verpflichtung, alles das zum besten der Landwirtschaft zu thun, wird innerhalb bisfaktlicher Grenzen möglich ist. Innerhalb dieses Kreises liegt die Vorlage. Die Rübenkultur ist die Achse, um welche sich in den betreffenden Gegenden die ganze Landwirtschaft dreht bei der Bestellung und Düngung des Ackers, bei der Viehhaltung u. s. w. Gerade der Rübenbau hat zur Hebung der Löhne auf dem Lande geführt. Einmal muß man sich vergegenwärtigen: fallen die deutschen Ausfuhrprämien ganz, dann ist auf eine internationale Befestigung der Prämien nicht mehr zu rechnen.

(Sehr richtig! rechts.) So weit scheinen aber auch die Gegner der Vorlage nicht zu gehen. Bei der Bekämpfung des Zuckersteuer-Gesetzes spielen spekulative Momente die Hauptrolle (Sachen links); deshalb hat man die Preise gesteigert, indem man den Anfall der subansischen Produktion übertrieben hat, denn es sind nur wenige Fabriken und Vorräthe zerstückt worden. Aber die Produktion der gesammten Welt neigt zur Ueberproduktion. Wir müssen jetzt, wo wir auf der letzten Prämienstufe stehen, uns überlegen, ob der Zeitpunkt der richtige ist, um die Prämien aufzugeben. Die Prämien von 1891 sind nicht bemessen worden auf die Fortsetzung des Konkurrenzkampfes, sondern in der Hoffnung, daß die Gegner den Kampf aufgeben würden. Oesterreich steht uns bezüglich der Ausfuhr ziemlich gleich, es hat etwas billigere Arbeitslöhne. Die österreichische Prämie beträgt 1,94 M., die belgische Prämie betrug 2,50 M., wie früher unsere Prämie. In die französische Prämie werden wir wohl nicht denken wollen, denn sie betrug 5,03 M., also 3,88 M. mehr als die deutsche. Dazu kommt noch der Vortheil aus der französischen Melassesteuer und aus dem hohen Melasse-Einkaufssoll. Mit allen Vortheilen, welche außerdem noch die Materialsteuer bringt, wird die Prämie sogar auf 8,28 M. berechnet. Wir sind in dem Gesetzesentwurf dem Vorschlage des Antrages nachgefolgt, wir wollen die Prämien erhöhen, um durch internationale Vereinbarung dieselben abzuschaffen. Die Vorlage will sowohl die Prämiensumme kontingentieren wie daß zu prämiirende Quantum; es sollen die gesahlten Prämien zurückgezahlt werden. Wer sich innerhalb seines Kontingents hält, soll keine Rückzahlung leisten, nur wer darüber hinausgeht, soll die Prämien decken helfen. Um die Vorlage zu bekämpfen, hat man ein soziales Mischpferd von Streitwägen gepannt: (Sachen links) es würden die kleinen Rübenbauern von dem Rübenbau abgestoßen. Die Kaufpreisen betragen 88 pCt. der Produktion, die stößt man nicht so leicht ab. Hätten die Aktienzuckerfabriken ihren Bedarf aus eigenem Anbau decken können, so hätten sie das schon längst gethan. Die Preisbestimmung für die Rüben ist eine verschiedene; bei hohen Preisen wird der Rübenbauer, bei niedrigen Preisen der Zuckerfabrikant den Ausschlag geben. Die Kontingentierung wird einen günstigen Einfluß auf die Kaufpreisen ausüben. Die Zuckersteuer rechtfertigt sich dadurch, daß mittlere und kleinere Fabriken für die Landwirtschaft besser sind als die großen, welche ein Monopol besitzen und selbstherrlich die Preise diktiren können. Es hat sich allerdings eine kleine landwirtschaftliche Opposition gebildet, geführt von technischen Leitern der Fabriken. Diese letzteren haben allerdings mehr ein Interesse an der großen Produktion, nicht an den Rübenpreisen. Die landwirtschaftliche Opposition verlangt internationale Abschaffung der Prämien, damit sind wir einverstanden. Die erhöhten Kampfpriämien schlagen wir vor. Aber es wird weiter Protest erhoben gegen jede Erhöhung der Konsumabgabe und gegen jede Betriebssteuer. Woher soll denn aber das Geld für die erhöhten Prämien genommen werden? 1887-88 betrug die Prämie, ich kann es jetzt verrathen, weil es keinen Werth mehr hat, für 100 Kilogr. 5,4 M.; gut eingerichtete Fabriken erhielten noch mehr. Wenn man einen angemessenen Ertrag für das Reich haben will, dann muß man ein angemessenes Durchschnittsrendement annehmen; das Verhältniß von 10 Liter Rüben für einen Liter Zucker war ein zu hohes.

Sch muß den Gegnern der Vorlage eine unangenehme Ueberschuldung bringen. Es ist darauf hingewiesen, daß die süddeutschen Staaten eine ablehnende Haltung zur Vorlage eingenommen haben. Diese Annahme ist eine irrige. Die süddeutschen Staaten haben erklärt, daß sie geneigt wären zu einer mäßigen Erhöhung der Prämien, ein Theil derselben hat sich auch den Grundgedanken der Vorlage sympathisch gegenübergestellt. Wenn die süddeutschen Staaten gegen das Gesetz gestimmt haben, so ist es geschehen, weil sie sich nicht entschließen konnten, für die Prämien in der normirten Höhe zu stimmen. Ein süddeutscher Staat hat erklärt, daß er prinzipielle Bedenken gegen die Kontingentierung hege. In den weiteren Verhandlungen ist aber hervorgehoben, daß der Gesichtspunkt nicht maßgebend war, daß die süddeutschen Staaten kein Interesse an der Zuckerfabrikation haben. Das wäre auch eine kurzschichtige Politik gewesen bei der einheitlichen wirtschaftlichen Gestaltung in Deutschland. Ich kann nur die Hoffnung aussprechen, daß auch die Gegner der Vorlage im Hause sich auf diesen Standpunkt stellen, dann können wir zu einer Einigung auf der Grundlage des Gesetzes kommen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (Dr. Sp.): Die heutige Besetzung des Hauses bezweckt gerade nicht, daß das Interesse an der Vorlage ein sehr großes ist. Die beiden Häuser im Streit sehe ich heute überhaupt nicht hier. Aus dem, was man jetzt weiß, geht hervor, daß die Rübenkultur im nächsten Jahr um 10-15 pCt. größer sein wird, als im abgelassenen Jahr; durch eine besondere Prämienwürden wir die Gefahr der Ueberproduktion vergrößern. Niemand ist eine Beschränkung zu wenig angebracht gewesen, wie bei dieser Vorlage. Es handelt sich nicht um den Schutz der nationalen Arbeit, auch nicht

um ein kleines Mittel für die Landwirtschaft, sondern um eine große Belastung des Volkes und um eine Maßregel, welche die Landwirtschaft schädigt. Der Bundesrath hat sich eine 2/3monatige gründliche Berathung gegönnt. Der Staatssekretär wollte nur eine Ueberschuldung bereiten bezüglich der Zustimmung der einzelnen Bundesstaaten. Niemals ist eine so große Minderheit im Bundesrath vorhanden gewesen wie diesmal. (Sehr richtig! im Centrum.) Für eine mäßige Erhöhung der Prämien sollen die süddeutschen Staaten gewesen sein, aber der Staatssekretär hat selbst gesagt, daß mäßige Prämien nichts nützen. Gegenüber dem Ansturm der begreiflichen Interessen konnte man nicht stillstehen; man mußte ihn bekämpfen, und das ist lange nicht stark genug geschehen. Niemals sind mit einer größeren Sicherheit solche Thatsachen vom Ministerische behauptet worden als heute. Aus der erhöhten Verbrauchsabgabe sollen die Prämien gedeckt werden; 55 Millionen werden mehr verlangt, von denen 40 Millionen auf die Prämien entfallen, während etwa 14 Millionen der Reichskasse zufallen. Die Preis-erhöhung wird an gros 9 1/2 Pfg. für das Kilogramm betragen, also mindestens 5 Pfg. auf das Pfund im Einzelverkauf, also bis zu 20 pCt. des gegenwärtigen Massenpreises. Schon in den Arbeiterfamilien rechnet man 37 Pf. Zucker für die Familie. Die Zuckerinteressenten verlangen eine Kontingentierung nicht auf 14, sondern auf 17 Millionen Doppelzentner; dadurch würde die Belastung des Volkes noch steigen. Ungehört ist diese Forderung mit Bezug auf den Umfang der Industrie. Der Antrag Rantk ist bescheiden dem gegenüber. (Sachen links.) Der Rübenbau umfaßt wenigstens 14 Millionen Hektar, der Zuckerrübenbau nur 441 000 Hektar! Es steht aber nicht die ganze Rübenkultur in Frage, denn der ganze Inlandskonsum ist durch Prohibitivzölle gesichert. Der Antrag Rantk würde pro Hektar einen Mehrertrag von 5,50 M. hervorbringen. Diese Vorlage aber würde einen Mehrertrag von 180 M. garantiren. Der Antrag Rantk gewährt diese Prämie bei der gegenwärtigen niedrigen Preislage, die Prämie fällt weg, wenn sich die Preise steigern. Aber hier tritt keine Korrektur der erhöhten Preise ein. Allerdings bildet die Rübenkultur den Mittelpunkt der betreffenden Wirtschaften; man kann die am Rübenbau interessirten Flächen auf das Dreifache sehen; aber dann käme man immer erst auf 6 pCt. der gesammten Ackerfläche. Die Liebesgabe bei der Branntweinsteuer sollte eine Entschädigung sein für den Rückgang des Branntweinkonsums. Hier kommen solche Dinge gar nicht in Frage.

Weshalb haben denn Oldenburg und Mecklenburg gegen die Vorlage gestimmt, die doch nur agrarische Interessen zu vertreten haben? Sachsen, Hannover, Braunschweig und Anhalt sind hauptsächlich an dieser Vorlage interessiert. Aus der Preislage sucht man ja besondere Gründe herzuleiten für die Vorlage. Als Normalpreis bezeichnet man den von 23-24 M. für den Doppelzentner; dieser Preis bestand bis zum September 1894. Ist es denn richtig, einen solchen normalen Preis als Grundlage der Beschätzung hinzustellen? Niemand ist gegen eine solche sozialpolitische Theorie fröhlicher angereizt als der Landwirtschaftsminister. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Er bezeichnet ein solches Versehen als den abschüssigen Weg zum Sozialismus. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Damit hat der Landwirtschaftsminister über die Vorlage den Stab gebrochen. Man braucht nur an die Stelle von "Getreide" immer das Wort "Zucker" zu setzen und die Vorlage ist mitten durchgerissen. (Sehr richtig! links und im Centrum.)

Wenn man die Normalpreise einführen wolle, sagte Herr v. Marschall, dann müsse man sie allgemein einführen oder nur für die Bedürftigsten. Da würden aber andere in Betracht kommen als die Landwirthe. Sind die Zuckerinteressenten die Bedürftigsten? Etwa 55 Millionen entfallen auf die wohlhabendsten Gegenden in Mitteleuropa, wo die Grundwerthe eine Höhe erreicht haben, wie in wenigen anderen deutschen Distrikten. Und wenn man nach den Personen fragt, so frage ich: Sind die Vetheiligten diejenigen, welche eine Unterstreichung verdienen? Müßten Sie die Liste der Interessenten in dem Befehlshaber der Zuckerfabriken; es sind die reichsten Leute. Darauf nicht hinzuweisen, wäre ein Fehler, denn man weiß, wie viel der persönliche Einfluß maßgebend ist in diesen Fragen. (Sehr richtig! im Centrum und links.)

Ist denn überhaupt die ganze Grundlage der Vorlage zu treffend? Wie steht es denn mit der Ausfuhr? Seit dem neuen Zuckersteuer-Gesetz betrug die Ausfuhr 1891-92 6,9 Millionen Doppelzentner, 1892-93 7,3, 1893-94 7,8 und 1894-95 10,5 Millionen Doppelzentner. (Hört, hört! im Centrum und links.) Erst in dem letzten Jahre stellte sich eine erhebliche Preisverminderung heraus. Bezüglich des Getreides führte der Landwirtschaftsminister aus, daß die niedrigen Preise etwas vorübergehendes seien. Dasselbe gilt auch vom Zucker, und zwar ist es nicht bloß eine Vermuthung, sondern es ist ziffermäßig nachzuweisen. Was sagt die Vorlage über die ganze Preisgestaltung? Der Anbau ist gesteigert worden und das Erträgniß der Ernte ist ein größeres gewesen als früher. Daraus ist die Ueberproduktion entstanden, aber die Rübenbauer haben dabei kein schlechtes Geschäft gemacht; sie haben hohe Rübenpreise bekommen, aber die Zuckerfabriken mußten den Preisfall tragen. Ein Ausgleich ist dabei gewesen insofern die Fabriken selbst Rüben bauen und die Aktionäre Rübenlieferanten sind.

1895/96 haben die Rübenbauer geringere Preise bekommen, die Fabriken haben die Rüben billig gekauft, machen aber bei den gestiegenen Preisen ein gutes Geschäft. Eine Selbstbeschränkung erzwingt sich, ohne Gesetz durch die niedrige Preisgestaltung, auf das Gesetz haben die Rübenbauer nicht gewartet; nicht bloß in Deutschland sondern überall ist eine Einschränkung im Rübenbau eingetreten. Hier ist immer nur die Rede von den Rüben, niemals von den Schmelzen, eben so wenig wie man beim Branntwein an die Schmelzen denkt; beide vermehren aber die Einnahmen. Die Preise gehen über den Normalpreis von 23-24 M. hinaus; sogar die Terminpreise für die ganze Kampagne sind danach berechnet. Der Staatssekretär sagt: das ist Spekulation! Ist denn Spekulation etwas Unethisches? Die Berechnung der Spekulation hat ihre ganz gesunde Grundlage, ganz abgesehen von Ruha. Die Kurve der Zuckerfabriken spiegelt doch die Bewegung deutlich wieder. Nur eine einzige, die Zuckerfabrik Bredow steht unter Paris, die anderen Fabriken stehen sämtlich über Paris, obgleich 1894/95 keine oder geringe Dividenden gezahlt sind. Die Landwirthe sind doch durchaus nicht einverstanden mit der Vorlage. Hamburg hat gegen die Vorlage gestimmt, obgleich der Handel doch an der Steigerung der Ausfuhr, die beabsichtigt wird, ein Interesse hätte. In Posen, Pommern und Brandenburg stellen sich die Interessenten gegen die Vorlagen, selbst die Rohzuckerfabriken wollen von derselben nichts wissen und die Maschinenwollen die Entzuckerung in besonderen Melasse-Entzuckerungs-anstalten unter Strafe stellen! Das sind doch Zustände, denen gegenüber die Weisheit von Schilda und Strahlwintel noch hoch steht. (Sachen links.) Die Betriebssteuer ist eine Strafe auf den Fortschritt, auf die Vergrößerung des Betriebes. Das übersteigt ebenfalls alles Maß. Die Betriebssteuer wird in diesem Hause einstimmig abgelehnt, das steht heute schon fest. Da sollten doch diejenigen, die sonst der Führung der Regierung vertrauen, etwas ruhig werden; da sollte man doch auch an die anderen vorgeschlagenen Maßnahmen Kritik anlegen.

Bezüglich der Kontingentierung verwahrte sich der Vorredner dagegen, daß darin ein Verbot liege. Thatsächlich wirkt sie aber so. Der Verein der Zuckerfabrikanten verlangt eine Fixirung der Mehrsteuer auf 4 M. Das ist undurchführbar; denn wenn Zuckervorräthe auf das nächste Jahr übertragen und dann erst exportirt werden, so würde sofort ein großes Loch in der Staatskasse entstehen. In diesem Augenblicke ist eine stärkere Nachfrage auf dem Weltmarkt vorhanden. Die Vorlage will die Kontingentierung, die deutsche Fabrikation kann deshalb nicht in den Weltmarkt eintreten, es sehen sich andere Lieferanten fest. Schließlich mußte der Bundesrath, um den wechselnden Bedürfnissen des Auslandes zu genügen, alljährlich die Kontingentierung festsetzen. Das Hauptbedenken gegen die Kontingentierung liegt aber in einer Verschärfung der Entziehung neuer Fabriken, also der Ueberdehnung der Konkurrenz und der Fortschritte. Auch die Vergrößerung der bestehenden Fabriken ist ausgeschlossen. Bei jeder Kleinbahn entsteht eine Rübenzuckerfabrik. Welcher Widerspruch gegenüber dieser Vorlage! Die Kleinbahnen werden subventionirt und hier verhindert man die Entstehung neuer Zuckerfabriken. Der Rübenbau hat sich vervierfacht in Pommern und Mecklenburg, verzweifacht in Posen. Durch die Kontingentierung wird die Entstehung der Rübenkultur in anderen Gegenden verhindert. Deshalb kann man sich nicht wundern, daß die Landwirthe sich dagegen sperren, daß der bestehende Zustand zur Grundlage der gesetzlichen Regelung gemacht werden soll. Die Nachfrage nach Rüben wird vermindert durch die Kontingentierung, und man wird zunächst die Kaufpreisen weniger nehmen und mehr selbst Rüben bauen. Dadurch kommen natürlich die kleineren Bauern am schlechtesten weg. Denn die Fabriken schließen lieber einen großen als mehrere kleine Verträge ab. Der Bund der Landwirthe und der Schlesische landwirtschaftliche Verein verlangen daher die Kontingentierung der Rüben- und nicht der Zuckerproduktion. Die Prämien sind an sich nicht nöthig und auch ihre Erhöhung ist überflüssig. Die deutsche Zuckerindustrie ist konkurrenzfähig gegenüber der österreichischen und gegenüber der französischen wo der Ertrag an Rüben und der Zuckergehalt der Rüben niedriger ist als bei uns, so daß sich ein Mehr von 20 pCt. auf demselben Areal ergibt. Es wird die Legende aufrecht erhalten, als ob man sich vorbehalten hätte, die Prämien wieder zu erhöhen, wenn die andern Staaten dieselben nicht abschaffen. Das gerade Gegentheil ist damals in der Begründung ausgesprochen worden. Seit jener Zeit ist keine Prämienhöhe in den andern Ländern erfolgt, sondern eher eine Ermäßigung. Die Prämien bringen nur den Weltmarktpreis zum Sinken; dann haben die Ausländer allein den Vortheil des billigeren Zuckers, aber nicht der deutsche Rübenbauer. Frankreich wird Preisfallenergreifen. Wenn Amerika seinen Zuschlag entsprechend erhöht, dann haben wir nur unseren Konsum belastet zu Gunsten der amerikanischen Konsumenten. Durch die Ueberwohlsteuerung des Zuckers ist der Konsum gesteigert worden; er ist von 5,7 Kilogramm in den 70er Jahren auf 9 Kilogramm in den 80er Jahren und auf über 10 Kilogramm in den 90er Jahren gestiegen. Ein Rückgang des Konsums kann für die Zuckerindustrie und den Rübenbau sehr bedenklich werden. Sonst heißt es immer: In dem inländischen Markt liegen die Wurzeln unserer Kraft. Hier wird aber der inländische Markt gefährdet.

Das einzig richtige wäre, nicht die Zuckerproduktion zu kontingentiren, sondern den Steuerertrag, damit die Verbrauchsabgabe sich vermindert mit den höheren Beträgen des Konsums. Wenn ein Konsumrückgang eintritt, so macht das bei 2 Millionen Minderkonsum 88 000 000 M. Was werden dazu die Einzelstaaten sagen, die noch vor zwei Jahren so beweglich geklagt haben über die Beeinträchtigung ihrer Finanzen durch die Reichsverhältnisse. Dann müssen die Materialbeiträge erhöht werden und die Einzelstaaten haben eine unverhoffte Mehrausgabe zu decken. Wenn die Vorlage eine Mehrheit finden sollte, Freude wird die Zuckerindustrie daran nicht erleben. Man braucht gar nicht Sozialdemokrat zu sein, um diese Vorlage als Waffe zu benutzen. Wir werden alles versuchen, um das Zustandekommen des Gesetzes zu verhindern. Die Zuckerindustrie wird mit diesem Gesetz nicht zur Ruhe kommen, sie wird in eine Kurve gestürzt werden, daß alle Fabrikanten, die ihre Hand dazu geboten haben, das Gesetz verwünschen werden. Bei jeder neuen Ausgabe wird man zunächst darauf dringen, die Kontingentierung so vorsichtig festzusetzen wie möglich, damit die Prämienausgabe sich vermindert. Wer es wirklich gut meint mit der Zuckerindustrie und der Landwirtschaft, der vereinige sich mit uns, um ein solches Gesetz unmöglich zu machen. (Zustimmung bei den Polen, im Centrum und links.)

Preussischer Landwirtschaftsminister v. Hammerstein: Herr Richter meinte, die Vorlage sei im wesentlichen der Initiative vornehmer Herren und eines Ministers zu verdanken. Hat der Vorredner nicht damit gemeint? (Zuruf Richter's: Nein!) Einen größeren Vorwurf, wie Herr Richter durch diese Heuferscher der Staatsregierung gemacht hat, daß sie sich leisten ließe durch einzelne hochgestellte Personen, ist bisher im Reichstage, selbst bei den Herren von der äußersten Linken, nicht gebräuchlich gewesen. Ich hoffe, daß es auch das letzte Mal gewesen ist. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Bidmarck: Diese Vorlage ist mit allen ihren Einzelbestimmungen niemandem im ganzen Hause annehmbar ohne Einschränkung. (Hört, hört! links.) Mit einer Erhöhung des Kontingents können wir diesem Zweige der Landwirtschaft besonders Nutzen bringen. Wir haben im Monat Januar von vielen Seiten, auch von den Gegnern des Antrages Rantk, manches wohlwollende Wort gehört; hoffentlich werden die Herren jetzt bereit sein, ihr warmes Herz zu betheiligen. Es handelt sich hier nicht um Handelsverträge, nicht um Vertheuerung der Lebensmittel, sondern darum, eine große Industrie vor dem Untergange zu bewahren. Es handelt sich nicht bloß um das investirte Kapital, sondern auch um eine große Arbeiterzahl, man kann wohl 8 Millionen Seelen mit ihren Angehörigen rechnen. In jedem Jahre seit 1890 werden 4 Millionen Doppelzentner Zucker mehr produziert, während die Konsumsteigerung nur 2 1/2-3 Millionen Doppelzentner beträgt; aber seit 1890 sind 5 1/2 Mill. Doppelzentner mehr produziert worden; und dabei ist Deutschland am meisten be-theiligt. Man muß sich aber die Frage vorlegen, was ist praktisch erreichbar. Die Vorlage der Regierung giebt die richtige Tendenz an. In der Hauptsache handelt es sich um eine vorübergehende Maßregel, um ein Kampfmittel, welches das Ziel verfolgt, alle Zuckerprämien abzuschaffen. Ohne Kampf werden wir das nicht erreichen; die Hoffnung, daß die andern Staaten unsern Beispiel folgen würden, hat sich als unbegründet ergeben. Das hohe Prämienwesen der Nachbarstaaten stellt für uns eine Zwangslage dar, ähnlich wie in unserer militärischen Lage. (Sehr richtig! rechts.) Wenn wir das Kontingent von 14 auf 17 Millionen Doppelzentner erhöhen, so werden die Interessen der Kaufpreisenbauern dabei vollständig gewahrt werden können. Auf die finanziellen Details will ich nicht weiter eingehen, denn ich hoffe, daß die Vorlage in einer Kommission beraten werden wird.

Wie schnell sich die Konsumenten an die höheren Preise gewöhnen, das zeigt die Steigerung des Konsums gerade in den Jahren der höchsten Preise. Die Preissteigerung wird daher auch in Zukunft keine Abnahme des Konsums herbeiführen, wenn auch die Steigerung sich vielleicht in geringer Progression voll-

ziehen wird. Es handelt sich ja schließlich doch hier nicht um ein unentbehrliches Lebensmittel. Es gilt hier die Erhaltung eines wichtigen Erwerbszweiges, in dem viele Millionen investiert sind. Ich schalte mit dem Antrage, daß die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen werden möge und daß dieselbe sine ira aber cum studio arbeiten möge. (Beifall rechts.)

Abg. Spahn (C.): Der Vergleich dieser Vorlage mit dem Antrage Kanitz paßt durchaus nicht. In dem Moment, wo einer Industrie zugemutet wird, 92 Millionen beizutragen zu den Staatslasten, muß der Staat auch die Möglichkeit gewähren, daß die Industrie leistungsfähig bleiben kann. Ich frage: Ist die Landwirtschaft in der Lage, eine Katastrophe zu ertragen, und wenn diese Frage verneint wird, dann müssen wir alle zu helfen suchen, soweit die Möglichkeit dafür vorhanden ist. Dem Vorschlage einer erheblichen Ermäßigung der Verbrauchsabgaben können wir nicht zustimmen. Ob man das Kontingent von 14 auf 17 Millionen erhöhen, ob man es verteilen soll auf die Fabrikation oder auf den Anbau der Rüben, das sind Fragen, die in der Kommission erörtert werden können. Als eine Kampfmaßregel können wir die Prämie nicht auffassen, denn Frankreich wird immer in der Lage sein, bei seinem geringen Rübenbau uns darin zu übertreffen. Für uns handelt es sich hauptsächlich um die Erhaltung der deutschen Zuckerindustrie.

Darauf wird die Vertagung beschlossen. Persönlich bemerkt Abg. Richter: Ich habe nur von vornehmen Herren gesprochen und erst auf einen Zwischenspruch hin von einem Minister. Damit war aber weder der Landwirtschaftsminister, noch ein anderer Reichsminister oder einer der Staatssekretäre gemeint.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der ersten Beratung der Zuckersteuervorlage.)

### Sächsischer Landtag.

(54. ordentliche Sitzung der Zweiten Kammer.)

Dresden, 2. März.

Tagesordnung: Schlußberatung über Titel 6, 7 und 8 des außerordentlichen Etats, Neu- und Umbauten bei der Universität Leipzig und der Technischen Hochschule in Dresden betreffend.

Titel 8, Universität Leipzig. Gefordert werden insgesamt 2120000 Mk., davon als letzte Rate für den Neu- und Umbau der Universität, sowie zur inneren Einrichtung derselben 1200000 Mk., für den Neubau eines physikalisch-chemischen Instituts und dessen Ausstattung mit Möbeln und Apparaten 301000 Mk., für die Erbauung einer Scheune und eines Geräteschuppens für die Versuchstation des landwirtschaftlichen Instituts auf Forstgut Oberholz, einschließlich Beschaffung einer Dreschmaschine 37500 Mk., für die Universitätskirche 430000 Mk., für die elektrische Beleuchtung zc. 70500 Mk. und als Beitrag zur regulationmäßigen Herstellung der Einmstraße 21000 Mk.

Abg. May (fortsch.) bebauert die Ueberschreitung beim Umbau der Universität um 1200000 Mk. Das mache einen üblen Eindruck, lasse sich aber leider nicht mehr ändern. Sehr zu verwundern sei es jedoch, daß die Deputierten in der Deputation so leicht zugestimmt hätten, für ein so kleines Areal von 5 1/2 Hektar ein so kostbare Scheune von 37500 Mk. zu bauen. Das gebe ein schlechtes Beispiel für das Land, und wenn die Landwirte alle so bauen wollten, würden sie in kurzer Zeit bankrott sein. Von Sparfaulekt sei bei diesen Punkte keine Rede und das Verfahren verleihe einen ganz anderen Ausdruck.

Abg. Schubert-Cuba (kons.): Es handelt sich hier doch nicht um eine gewöhnliche Scheune, sondern um eine Scheune für eine

landwirtschaftliche Versuchstation, die sehr viele einzelne Räume zur Lagerung der Feldfrüchte erfordert.

Kultusminister v. Seydewitz verwahrt sich gleichfalls gegen den der Regierung gemachten Vorwurf, nicht sparsam zu sein. Die Summe sei übrigens nicht bloß für die Scheune, sondern auch für einen Geräteschuppen und eine neue Dreschmaschine ausgeworfen.

Abg. May: Daß eine Scheune für eine solche Versuchstation viele kleine Räume braucht, weiß ich, aber mit ein paar Schod Brettern läßt sich viel machen; das kostet dann nicht Tausende, sondern bloß Hunderte.

Die Summe wird einstimmig bewilligt.

Titel 7, Anbau eines Flügels an der Westseite des Laboratoriumsgebäudes an der Technischen Hochschule zu Dresden. Gesamtforderung 200000 Mk., davon 100000 Mk. für elektrische Beleuchtung. Die Summe wird einstimmig und debattelos bewilligt.

Titel 8, Begründung und Ausstattung eines Maschinenbau-Laboratoriums und eines Festigkeitsinstituts bei der Technischen Hochschule zu Dresden. Bedarf 110000 Mk.

Abg. Kostofsky (kons.) dankt der Regierung, weil sie mit dieser Forderung einen Schritt vorwärts thue in der Richtung, die jungen Maschinenbauingenieur nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch auszubilden. In England sei man damit schon längst vorgegangen und auch für die deutsche Industrie werde diese Neuerung von großem Vorteil sein.

Hierauf wird die Forderung einstimmig bewilligt.

Eingegangen beim Plenum ist der Bericht der Geschiebungsdeputation über die Wahlgesetzvorlage. Die Beratung dürfte schon am Donnerstag beginnen.

Nächste Sitzung Dienstag vormittag 10 Uhr. Tagesordnung: Schlußberatung über das königl. Dekret Nr. 20, den Neubau des Ständehauses betreffend.

## Reste sämtlicher Konfektionsstoffe

zu Capes, Jacketts, Rad- und Regenmänteln passend, [10]

darunter hochfeine Qualitäten ganz bedeutend unter Preis.

## J. Kirstein

Hainstrasse Nr. 19, 1 Treppe.

# H. A. Baum

Grimmische Strasse 8 Größtes Grimmische Strasse 8  
Special-Geschäft fertiger

## Herren- und Knaben-Garderoben

nur eigener Anfertigung. Eingang sämtlicher Neuheiten für die Frühjahrs- u. Sommer-Saison.

## Konfirmanden - Anzüge

von hochfeinem Cheviot, Sammgarn, Tuch in allen Farben von Mk. 12.— an.

## Herrenanzüge, Paletots, Hosen

größte Auswahl zu billigsten Preisen.

## Knaben-Anzüge

geschmackvolle Ausführung, dauerhafte Verarbeitung.

Großes Stoff-Lager zur Anfertigung eleganter Herren-Garderoben nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz.

- Hosen nach Mass von Mk. 10.— an
- Anzüge " " " " 40.— "
- Paletots " " " " 35.— "

## Photographisches Atelier von Pinkau & Gehler, Leipzig

Turnerstrasse 11, parterre empfiehlt sich zur Anfertigung von Photographien (Porträts — 12 Visitbilder 6 Mk. — Gruppen, Landschaften u. Industrie-Aufnahmen) in sauberer Ausführung. Aufnahmezeit täglich von früh 9 Uhr bis 4 Uhr nachmittags. [1704] Sonntags von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 4 Uhr.

## Schneider-Artikel.

Zur Saison mache ich die Herren Interessenten auf meine Special-Handlung in Schneider-Artikeln ganz ergebenst aufmerksam. Es ist mein Prinzip, nur gute Qualitäten preiswert zu verkaufen und betrachte ich es ferner als besondere Aufgabe, meine Kollektion immer reichhaltig und mit dem Neuesten auszustatten.

Special-Handlung für Herren-Schneider-Artikel. [1778] Heinrich Grimm, Leipzig, Neumarkt 29.

## Feinste Holländische Stissrahm-Margarine Excelsior

gesetzlich geschützte Marke aus den Van den Bergh'schen Margarine-Fabriken Cleve und Rotterdam ist das beste von allen im Handel vorkommenden Fabrikaten. [805] Zu haben in allen Kolonialwaren- und Buttergeschäften.

## Möbeltransporte



Emil Heinrich 2. Postmardorf, Juliusstraße 27. Bleif. Retour-Wagen disponibel. Lipsia-Fahrrad-Manufaktur

Bruno Zirrgiebel Leipzig-R., Leipziger Strasse 3 u. 5. Fabrik f. Lipsia-Fahrräder. Alleinverk. d. Germania-Brennab.-Dürk.-Premier-u. Komat-Fahrr. Viele Neuheiten. 250-500 Räder a. Lager. Lernen u. Preisliste frei.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren in nur solcher Ausführung empfiehlt in reicher Auswahl [1701] Dietrich, Tischlermeister 2. Lindenau, Merseburger Str. 88.

## Jurgens-Prinzens Holländische Stissrahm-Crème-Margarine

Ist der beste, feinste und schmackhafteste Ersatz für Naturbutter. Kommt im Versuch und Geschmack prima Molkereibutter vollständig gleich und ist bei weitem den sogenannten II. und III. Sorten Butter vorzuziehen, auch zum Backen, Braten und Kochen viel ergiebiger und schmackhafter als letztere. Jede Hausfrau prüfe und behalte das beste, verlange aber ausdrücklich: [1117]

## Crème-Margarine von Jurgens-Prinzen.

Käuflich in jedem Butter-, Kolonial-, Produkten- u. Materialwaren-Geschäft.

## Hermann Weidlich, Tapezierer

Milsestraße 4 (Wohnung) Plagwitz Mühlentstr. 23 (Werkstatt) empfiehlt sich zum Neuanfertigen u. Auspolstern von Sofas, Matratzen zc. Tapezieren und dekorieren aller Räume. [333]

## Zur Konfirmation

empfehle ich neu eingetroffene schwarze und farbige

# Kleiderstoffe

zu bekannt billigen Preisen.

## Buckskins, Gardinen

außergewöhnlich billig. [1808]

# S. Hodes

Leipzig, Neumarkt 2, I. Et. Erstes Special-Reste-Geschäft.

Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Reirisch.

Anzeige von Neuheiten!

## Zweierlei Recht.

Stenographischer Bericht der Verhandlungen des Deutschen Reichstages über die Handhabung des Vereins- und Koalitionsrechtes. Preis 10 Pf.

## Das Elend in der Hausindustrie der Konfektion.

Von Oda Olberg. Preis 1.— Mark.

## Das Arbeiter-Elend in der Konfektions-Industrie

vor dem Deutschen Reichstag. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen vom 12. Februar 1896. Preis 10 Pf.